

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Die Presse und die Internationale Zusammenarbeit	1
A. LEONTJEW — USA-Expansion früher und heute	3
G. GOLOWIN — Die Ernährungslage und die Bodenreform in Deutschland	9
S. IWANOW — Das Spiel mit der Unabhängigkeit Frankreichs (Eine Auslandspresseschau)	13
Internationale Umschau (Notizen)	17
M. TARASSOW — Was wir in Japan und Korea gesehen haben . .	21
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	25
KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE:	
N. SERGEJEW — Wissenswertes über die amerikanische Presse .	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31

22

30. Mai 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die Presse und die internationale Zusammenarbeit

Die VÖLKER, die die unzähligen Leiden des Krieges durchgemacht haben, streben mehr als jemals nach Frieden. Nur ein anhaltender und festgefügter demokratischer Friede kann es der Menschheit ermöglichen, die Wunden des Krieges rasch zu heilen und den materiellen und kulturellen Lebensstandard der Volksmassen zu heben. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, daß sich der Friede nur garantieren läßt, wenn die Völker, und zwar in erster Linie die Großmächte, deren koordiniertes Vorgehen zum Sieg über das hitlerfaschistische Deutschland geführt hat, freundschaftlich zusammenarbeiten. Das Leben hat gezeigt, daß eine solche Zusammenarbeit notwendig, möglich und fruchtbar ist, daß allein sie zum Frieden führt und Sicherheit gewährleistet.

In der Entwicklung und Konsolidierung des Willens zur Zusammenarbeit zwischen den Völkern, im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter fällt der Presse aller Länder eine verantwortungsvolle Rolle zu. Ihre Möglichkeiten und ihre Bedeutung für die Bildung der öffentlichen Meinung lassen sich schwer überschätzen. Die Presse kann als das größte Mittel der politischen Erziehung, als ein mächtiges Werkzeug zur Beeinflussung von Millionen von Menschen dienen. Durch eine wahrheitsgetreue und ehrliche Beleuchtung der Ereignisse fördert sie die Festigung der internationalen Zusammenarbeit. Und umgekehrt: durch die Entstellung der Wirklichkeit zugunsten der Feinde des Friedens trägt sie dazu bei, Konflikte und neue Kriege zu entfachen.

In den kritischen Jahren, die dem Kriege voraufgingen, hat die reaktionäre Auslands presse eine ausgesprochen negative Rolle gespielt. Die Presse der regierenden Kreise Frankreichs, Englands und der USA befaßte sich damals unermüdlich mit der Lobpreisung des hitlerfaschistischen Deutschlands und der Hetze gegen die Sowjetunion. Sie stellte die Verhältnisse in der Sowjetunion und ihre Friedenspolitik absichtlich verzerrt und verdreht dar. Sie verschwieg

systematisch die sozialen Errungenschaften der Sowjetordnung. Als gehorsame Diener ihrer Herren vertuschten viele englische, französische und amerikanische Zeitungen die wirkliche drohende Gefahr der Aggression, die von Hitlers „Achse“ ausging, und unterstützte nachdrücklich das Märchen von der „Sowjetexpansion“.

Der Krieg band den sowjetfeindlichen Verleumidern die Zungen. Zu augenscheinlich war für die ganze Welt die große Befreiungsmission der Sowjetunion, die die Menschheit vor dem faschistischen Joch rettete. Die im Kampf gegen Hitlerdeutschland hervorgetretenen hohen moralischen Qualitäten der Sowjetbürger, die Geschlossenheit der Völker der Sowjetunion, die Überlegenheit ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung durchbrachen den Staudamm der Lüge und der Falschmeldungen über die Sowjetunion, an dessen Errichtung die Feinde der Demokratie und der wahren Völkerfreundschaft mehr als zwei Jahrzehnte lang angelegentlich gearbeitet hatten. Übrigens waren auch damals die Stimmen der an die Wand gedrückten Gesinnungsgenossen Hitlers nur leiser geworden, aber nicht verstummt. Ein Beweis dafür ist das Eiserne Kreuz Hitlers, das Roosevelt 1944 mit Sarkasmus O'Donnell, dem Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ und der „Daily News“, für seine profaschistische Propaganda verehrte.

Der Lärm der letzten Kämpfe war noch nicht verklungen, als die Kampagne der Insinuationen und der Lügen gegen das Sowjetland wieder aufgenommen wurde. Die Verbreitung von Verleumdungen über die Sowjetunion wurde von neuem die Hauptspezialität gewisser Zeitungen und die Profession käuflicher Journalisten.

Auf solche Journalisten beziehen sich J. W. Stalins Bemerkungen über einige amerikanische Korrespondenten in seiner bekannten Unterredung mit dem USA-Republikaner Harold Stassen.

Gleichsam als wollte er diese Bemerkungen bestätigen, schrieb O'Donnell nach ihrer Veröf-

tentierung einen provokatorischen Artikel in den „Daily News“, worin die Version verbreitet wurde, die Sowjetunion bau die wirtschaftliche und militärische Macht zu dem einzigen Zweck aus, die Vereinigten Staaten zu vernichten!

Leider steht O'Donnell nicht allein. Die Presse der englischen Diehards und die reaktionäre Presse der USA spinnen unermüdlich die Netze internationaler Intrigen. Die faschistischen Zustände in Francospanien, die volksfeindlichen Regierungssysteme in Griechenland und in der Türkei werden von den Korrespondenten vieler englischer und amerikanischer Zeitungen keineswegs kritisiert und verurteilt, im Gegenteil sogar, sie sind nicht selten Gegenstand ihres offenen Lobes. Gleichzeitig aber unterhalten sie das Feuer ihrer Verleumdungen gegen das Bollwerk des Friedens — die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie.

Die Presse Englands und der USA brüstet sich häufig mit ihrem angeblich unverbrüchlichen Prinzip: Tatsachen seien heilig, Kommentare frei. Aber die Praxis der meisten dieser Zeitungen steht in einem schreienden Gegensatz zu diesem Prinzip.

Besonders deutlich sprach sich das während der Moskauer Tagung des Außenministerrats und nach dieser Tagung aus. Die Auslandskorrespondenten genossen in Moskau die weitestgehenden Möglichkeiten, die Verhandlungen wahrheitsgetreu und vollständig zu beleuchten. Viele von ihnen aber bedienten sich der ihnen eingeräumten Möglichkeiten zum Schaden der Wahrheit und der Sache des Friedens. Dadurch, daß sie die Verhandlungen der Außenminister in einem tendenziös düsteren Licht malten, das Bild absichtlich verzerrten und die Sache so darstellten, als ob an allen Schwierigkeiten und Mißerfolgen die Sowjetunion schuld sei, störten solche ausländische Beobachter die internationale Zusammenarbeit.

Die Feinde der Zusammenarbeit und des Völkerfriedens verstecken sich nicht selten hinter der Behauptung, ein Hindernis für das gegenseitige Verständnis zwischen der Sowjetunion und den Völkern der angelsächsischen Länder sei die Zensur, der die Meldungen der Auslandskorrespondenten aus der Sowjetunion unterworfen sind. Diese Version ist ebenso unwahr wie böswillig.

Die Zensur in der Sowjetunion verfolgt einzig und allein das Ziel, die Öffentlichkeit aller Länder vor Lügen und Falschmeldungen über unser Land zu schützen, wie die Moskauer Korrespondenten ausländischer Presseorgane sie gewöhnlich jedesmal verbreiteten, sobald die Zensur aufgehoben wurde. Die Sowjetöffentlichkeit hat nichts gegen Kritik. Die Bürger des Sowjet-

landes schätzen eine wahrheitsgetreue, ehrliche Kritik. Aber sie sind natürlich gegen Lügen und Verleumdungen. Das Sowjetvolk ist nicht gewillt, absichtlich verdrehte Informationen über sich zuzulassen, und zwar nicht nur, weil es sich hierdurch beleidigt fühlt, sondern auch deshalb, weil die Verbreitung solcher Lügen dem Frieden und der Demokratie Abbruch tut.

Die Tadler unséres Landes stellen gern die Zensur in der Sowjetunion der vielgerühmten „Preßefreiheit“ in den Ländern der sogenannten westlichen Demokratie gegenüber. Eine solche Gegenüberstellung ist durch und durch heuchlerisch, schon deshalb, weil die Presse in England und in den USA keineswegs von Zensur frei ist. Nur wird die Zensur dort eigenmächtig von den privaten Besitzern der Zeitungen, den Königen der Banken und der Börse ausgeübt, die das Recht der Benutzung der Presse in ihrem Interesse monopolisiert haben. Das ist die schlimmste Form der Zensur. Sie wird nicht im Interesse wahrheitsgetreuer Informationen, nicht im Interesse der Demokratie ausgeübt, sondern für die egoistischen und reaktionären Zwecke der Zeitungsbesitzer und der hinter ihnen stehenden Industrie- und Bankmagnaten.

Die Männer und Frauen des Sowjetlandes achten die Presse als Sprachrohr der öffentlichen Meinung. Sie fassen die Freiheit der Presse als die Freiheit wahrheitsgetreuer und ehrlicher Nachrichtengebung auf. An welche Konzeption sich auch ein Journalist halten möge, er ist verpflichtet, die Tatsachen objektiv darzustellen, sie nicht zu verschweigen und nicht zu entstellen. Die geistige Nahrung muß mit sauberen Händen, von Menschen mit reinem Gewissen zubereitet werden. Eine englische Zeitung hat gelegentlich bemerkt, niemand würde mehr Brot essen, wenn es so schmutzig gebacken würde wie die Informationen in der Zeitungsküche. Warum soll die Weltöffentlichkeit mit minderwertiger geistiger Nahrung gespeist werden, die den Organismus mit dem Gift der Feindschaft und internationaler Zwiste verseucht?

Der Kampf für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit erheischt, daß die demokratische Öffentlichkeit Verleumder und Falschmelder entlarvt und in die Schranken weist. Vergiftung der internationalen Atmosphäre, Saat des Argwohns und des Hasses zwischen den Völkern, Verbreitung boshafter Verleumdungen und Kriegshetze sind die schwersten Verbrechen an der Menschheit.

Vor diesem Gesichtspunkt muß auch der Antrag betrachtet werden, der am 26. Mai von dem Sowjetvertreter in dem UNO-Unterausschuß gestellt wurde, der mit der Erörterung der Tages-

ordnung für die bevorstehende internationale Konferenz für Presse- und Informationsfreiheit beauftragt ist. Gemäß diesem Antrag sollen als erster Tagesordnungspunkt dieser Konferenz die grundlegenden Aufgaben der Presse in der Nachkriegswelt behandelt werden. Zu diesen Aufgaben gehört vor allen Dingen der Kampf für internationale Frieden und Sicherheit, für Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern, die Organisierung des Kampfes der Demokratie gegen die Überreste des Faschismus. Auf Vorschlag des Sowjetvertreters soll sich die

Konferenz ferner auch mit der Frage lügenhafter Meldungen von Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Korrespondenten beschäftigen, die die breiten Volksmassen irreführen und die Tendenz aufweisen, die Beziehungen zwischen den Ländern zu verschlechtern, und zu obstruieren, wo es gilt, für größeres Vertrauen, gegenseitiges Verständnis und einen dauerhaften Frieden zu sorgen.

Die große Kraft und der gewaltige Einfluß der Presse müssen im Interesse des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit der Völker nutzbar gemacht werden.

USA-Expansion früher und heute

A. LEONTJEW

Die von den USA nach Beendigung des Krieges gewählte außenpolitische Orientierung, die seit einiger Zeit „Trumandoktrin“ genannt wird, ist ein wichtiger Faktor der gegenwärtigen internationalen Situation. In der ganzen Welt, auch in den USA selbst, wird dieser Kurs von den reaktionären Elementen einerseits und den breiten demokratischen Massen andererseits ganz verschieden beurteilt. Die Fragen nach den Quellen, Ursachen und eventuellen Folgen der heutigen Außenpolitik der USA beschäftigen die Hirne vieler Menschen in allen Ländern. Um sich in diesen Fragen zurechtfinden zu können, muß man sich den Tatsachen zuwenden, den Tatsachen der Vergangenheit und der Gegenwart.

I. Eine fromme Legende und die historische Wirklichkeit

In erster Linie muß die weithin im Schwange befindliche fromme Legende entlarvt werden, die USA seien eine glückliche Ausnahme in unserer sündigen Welt, sie hätten nicht die schwere Last einer Politik gewaltssamer Expansionen und Annexionen, ungenierter Einmischung in die Angelegenheiten fremder Völker auf dem Gewissen, mit denen alle heutigen kapitalistischen Großmächte belastet sind.

Kein Wunder, daß diese Legende von den offenen Verteidigern der amerikanischen Expansion verbreitet wird. Es liegt auf der Hand, welches Ziel sie hierbei verfolgen, so daß es keiner besonderen Erklärungen bedarf. Aber das Märchen von

der exklusiven Stellung der USA, von einem besonderen, gleichsam „vegetarischen“ Charakter ihrer ganzen früheren Außenpolitik wird in verschiedenem Grade auch von einigen Vertretern des fortschrittlichen Lagers geglaubt, die den Versuch machen, der jetzt von Washington geplanten hemmungslosen Expansion entgegenzutreten. Der gesamte Apparat der offiziellen Propaganda, eine starke und einflußreiche Presse, der Schulunterricht, die Lehrbücher der amerikanischen Geschichte usw. fördern derartige Vorstellungen. Millionen einfacher Menschen jenseits des Ozeans wird auf mannigfaltige Weise die Überzeugung eingeflößt, die USA hätten, während alle anderen großen Staaten mit Hilfe von Eisen und Blut gewachsen seien, ihre gegenwärtige Stärke ausschließlich auf friedlichem Wege gewonnen. Die USA hätten niemals irgendwelche Eroberungen gemacht. Hätten sie sich schon einmal in die Angelegenheiten anderer Völker eingemischt, so sei das ausschließlich im Interesse dieser Völker selbst, im Namen der Menschenliebe, des Schutzes der Zivilisation, im Interesse des Friedens geschehen. Einen derart idyllischen Anblick habe die amerikanische Außenpolitik von ihren ersten Schritten an bis auf unsere Tage geboten.

Diese Behauptung hat alle Vorzüge aufzuweisen, außer einem einzigen: sie entspricht auch nicht im geringsten Grade der Wirklichkeit. In Wirklichkeit ist die Geschichte der USA eine Geschichte ununterbrochener Expansion. Ihre Entwicklung wurde durch die gleichen Methoden der

Gewalt und des Betrugs zuwege gebracht wie der Aufstieg der anderen modernen kapitalistischen Mächte auch. Selbstverständlich haben die besonderen historischen Bedingungen der Erweiterung der USA ihren Stempel aufgedrückt, aber diese Besonderheiten betreffen lediglich einzelne Methoden der Expansion, nicht aber ihre Ziele und ihren gesamten Charakter.

Bekanntlich haben die USA nach ihrem Unabhängigkeitskrieg (1775—1783) mehrere Jahrzehnte lang keinen einigermaßen großen Krieg geführt. Dieser Umstand spielte neben anderen Faktoren seine Rolle in der raschen wirtschaftlichen Entwicklung der transatlantischen Republik. Aber wenn es einige Jahrzehnte lang keine großen Kriege gegeben hat, so bedeutet das durchaus nicht, daß die Politik der USA wirklich unentwegt friedliebend gewesen wäre und sich durch Achtung vor schwachen Nachbarn ausgezeichnet hätte. Ganz im Gegenteil. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und während des ganzen 19. Jahrhunderts haben die USA ununterbrochen ihr Territorium erweitert, und zwar durch die Eroberung fremden Bodens, durch die Ausplünderung und Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung, obwohl sie mitunter in die „anständige“ juristische Formel eines Handelsgeschäfts gekleidet wurde.

Es genügt, die folgenden kurzen statistischen Angaben anzuführen.

Als die USA ihre Unabhängigkeit proklamierten, war ihr Territorium 386 000 Quadratmeilen groß. In den folgenden Jahren wurden durch eine Anzahl von Verträgen das Nordwestgebiet und das Gebiet südlich vom Ohio den Staaten angegliedert. Im Jahre 1803 kauften die USA der französischen Republik für 15 Millionen Dollar Louisiana (827 900 Quadratmeilen) ab. Im Jahre 1819 erwarben sie für 5 Millionen Dollar die Halbinsel Florida (58 600 Quadratmeilen). Im Jahre 1845 annektierten sie Texas (389 000 Quadratmeilen). Oregon (286 000 Quadratmeilen) wurde durch den Vertrag von 1846 erworben. Im Jahre 1848 erwarben die USA durch den Krieg gegen Mexiko für 15 Millionen Dollar das Gebiet der heutigen Staaten Neu-Mexiko, Utah, Arizona und Kalifornien (529 000 Quadratmeilen). Im Jahre 1853 kauften sie Mexiko ein weiteres Gebiet von 30 000 Quadratmeilen für 10 Millionen Dollar ab.

Durch solche Erwerbungen wuchs die Bodenfläche der USA auf über 3 Millionen Quadratmeilen und bildete ein zusammenhängendes Gebiet auf dem Festland. Von 1776 bis 1853 vergrößerte sich das staatliche Territorium der USA auf mehr als das Achtfache.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts verliebten die USA ihren Besitzungen weitere

716 666 Quadratmeilen ein. Dazu gehören Alaska, das 1867 dem zaristischen Rußland für 7,2 Millionen Dollar abgekauft wurde, die Philippinen, Portoriko und mehrere kleinere Inseln, die nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 erworben wurden, allerdings gegen eine Entschädigungszahlung von 20 Millionen Dollar, die Hawaii-Inseln, die einfach annektiert wurden, und die Zone des Panamakanals.

Insgesamt erweiterten die USA im Laufe von 130 Jahren ihre Besitzungen um mehr als 3 Millionen Quadratmeilen. Ihr Territorium war 1900 fast zehnmal so groß wie die Fläche, die sie 1776 besessen hatten.

Vielelleicht aber ist diese beispiellose Entwicklung glatt und friedlich vonstatten gegangen, wie die jenseits des Ozeans verbreiteten Schullehrbücher der Geschichte der USA erzählen?

In dieser Hinsicht genügt es, die folgenden kurzen historischen Tatsachenangaben anzuführen.

Das „Historische Register der USA-Armee“ (Historical Register of the United States Army), eine 1903 erschienene Monographie, zählt 114 Kriege auf, die von den USA nach ihrem Unabhängigkeitskrieg geführt wurden. In diesen bewaffneten Konflikten kam es zu 8600 Schlachten und Gefechten.

Man muß natürlich im Auge behalten, daß nur die Kriege gegen England, Mexiko und Spanien Kriege im wahren Sinne dieses Wortes gewesen sind. Zählt man den Bürgerkrieg von 1861—1865 und die beiden Weltkriege hinzu, so erhält man eine vollständige Aufzählung der Kriege im eigentlichen Sinne des Wortes, an denen die USA beteiligt waren. Was die übrigen militärischen Zusammenstöße anbetrifft, so handelt es sich um Feidzüge der vorzüglich bewaffneten Streitkräfte der USA gegen die faktisch unbewaffneten und fast völlig wehrlosen eingeborenen Indianerstämme. Einige dieser Expeditionen dauerten mehrere Jahre. Trotzdem gab es keinen Zweifel an ihrem Ausgang: der Sieg über den schwachen und unbewaffneten Gegner stand von vornherein fest.

Die Kriege gegen die Indianerstämme endeten bekanntlich mit der allmählichen Verdrängung und fast völligen Ausrottung der ursprünglichen Bewohner Nordamerikas. Die einstmal zahlreichen Stämme, die über große Territorien verfügten, wurden einfach deshalb vernichtet, weil ihre Ländereien die Augenlust der amerikanischen Kolonisten reizten.

Wie man im Hause des Gehängten nicht vom Strick zu sprechen pflegt, so widerspricht es, in Amerika dem guten Ton, von den Indianern und ihrem Lose zu sprechen. In den offiziellen Lob-

preisungen der tugendhaften amerikanischen Demokratie würde man vergeblich nach einem Wort darüber suchen, was aus der Urbevölkerung des Landes geworden ist, die noch vor 150 Jahren den größten Teil seines Territoriums besetzt hielt. Die englischen Vettern der amerikanischen herrschenden Kreise halten sich in dieser Beziehung ebenfalls an die Regel: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Zuweilen allerdings wird die Verschwörung des Schweigens gebrochen.

Ein derartiger Fall passierte vor nicht sehr langer Zeit. Der wohlbekannte englische Journalist Harold Nicolson, der von Hochachtung für die Demokratie des Dollars erfüllt ist, ärgerte sich über einige amerikanische Ausfälle gegen den englischen Imperialismus und erlaubte sich am 16. September 1946 in einer Rundfunkrede eine etwas offener Sprache. In den USA vergesse man die Verhältnisse in Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien, besonders aber die Kontrolle über den Panamakanal, die schließlich eine bestimmte imperialistische Färbung trage. Die Amerikaner seien gewöhnlich schwer schockiert, wenn man ihnen davon spreche. Das sei kein Imperialismus, meinen sie, das sei der Finger des Schicksals. Er, Nicolson, sei jedoch in den USA gelegentlich eines Vortrags wieder einmal von einem Hörer gebeten worden, etwas über das „Inderemetzel“ zu sagen. Da er diese Frage zum zweihunderten Male gehört habe, sei seine Geduld erschöpft gewesen und er habe geantwortet: „Wen meinen Sie — die Inder oder die Indianer? Sie haben Ihre Indianer, die Indianer, umgebracht...“

Nicolson nannte die Dinge bei ihrem wahren Namen. Die amerikanischen Historiker aber ziehen es vor, sich einer anderen Sprache zu bedienen, die anständiger sein mag, aber leider von der Wahrheit weiter wegführt. Durch ihre Darstellung zieht sich eine charakteristische Ideologie, die darauf hinausläuft, dem Weißen sei alles gestattet, alles erlaubt. So resümiert Leupp, der sich mit der Geschichte der Indianer befaßt hat, in seinem Werk „Der Indianer und sein Problem“ (The Indian and His Problem) den Gang der Entwicklung in folgender Weise:

„Ursprünglich gehörte alles Land den Indianern, später brauchten wir den größten Teil davon für uns selbst; deshalb ist es nur gerecht, daß die Indianer erhielten, was übrigblieb.“

Ebenso wohlanständig — und nicht weniger entstellt — beschreiben die wohlbestallten amerikanischen Historiker auch eine andere Seite des stürmischen Entwicklungsprozesses der transatlantischen Republik im 18. und 19. Jahrhundert. Wir meinen die Sklaverei der Neger, eines Volkes, das gewaltsam aus Afrika herbei-

geschleppt und auf dem Boden der vielberühmten transatlantischen Demokratie zu einer rechtslosen Nation gemacht wurde, berufen, durch ihren Schweiß und ihr Blut den Reichtum einer „höheren Rasse“ zu mehren. Indessen kann kein einziger unvoreingenommener Erforscher der Vergangenheit und der Gegenwart Amerikas die Negersklaverei in der Vergangenheit, das furchtbare nationale Joch und die Rassendiskriminierung in der Gegenwart außer acht lassen. Handelt es sich doch um eine Nation, die trotz der unmenschlichen Ausbeutung auch heute noch fast ein Zehntel der gesamten Bevölkerung des Landes ausmacht!

Die Erweiterung der USA erfolgte nicht nur durch die Verdrängung und Ausrottung der wehrlosen Indianer. Mitte des Jahrhunderts führten die USA einen Krieg gegen Mexiko, bei dem es um Texas ging. Charakteristisch sind einige Besonderheiten dieses Krieges. Hier traten Züge hervor, die in diesem oder jenem Maße auch den weiteren Expansionsakten der USA anhafteten sollten.

Texas wurde von Jahr zu Jahr mehr von Nordamerikanern besiedelt, die von der mexikanischen Regierung die Erlaubnis zur Niederlassung erhalten hatten. Sobald die Neuansiedler ihre Kraft zu fühlen begannen, proklamierten sie die Lostrennung des Staates Texas von Mexiko und verlangten seinen Anschluß an die USA. Mexiko war bereit, die Unabhängigkeit von Texas anzuerkennen, widersprach jedoch seiner Annexion durch die USA. Die Washingtoner Regierung zog eine aggressive Politik vor. Sie verwickelte Mexiko in einen Krieg, voll überzeugt davon, daß sie über das von inneren Gegensätzen zerrißene Land einen leichten Sieg erfechten werde. James K. Polk, der damalige Präsident, suchte in seiner Botschaft vom 29. April 1845 seine Handlungsweise in folgender Weise zu rechtfertigen:

„Yukatan hat schon mehrere Mal die europäischen Mächte zu Hilfe gerufen. Sie sind noch nicht da, aber sie werden kommen. Sie werden im Austausch für die Protektion, die sie bringen, die Macht und die Souveränität des Staates, dem sie Hilfe leihen, verlangen. Wir können das nicht dulden.“

In der Tat, es gibt nichts Neues unter der Sonne! Erinnert denn diese Erläuterung nicht an die Auslassungen, mit denen man auch jetzt, 100 Jahre später, die Notwendigkeit der Expansion und der Gewaltpolitik zu begründen versucht?

Der Krieg gegen Mexiko wurde durch den Vertrag von 1848 beendet. Dieser Vertrag legalisierte die Annexion von Texas. Außerdem erhielten die USA durch diesen Vertrag Neu-Mexiko, Kalifornien und andere Territorien. Sie zahlten Mexiko für diese Gebiete 15 Millionen

Dollar. Kein Wunder, daß fortschrittliche Amerikaner durchaus nicht auf diesen Krieg stolz sind. So schreibt U. S. Grant in seinen persönlichen Erinnerungen, dieser Krieg sei ein „Eroberungskrieg“ (war of conquest) gewesen und „einer der ungerechtesten Kriege, die jemals von einer stärkeren Nation gegen eine schwächere geführt worden sind“.

Die von den USA im 19. Jahrhundert geführten Kriege kamen ihnen außerordentlich billig zu stehen. In den Strafexpeditionen gegen die Indianer überschritten die Menschenverluste nicht den gewöhnlichen Abgang bei der Ausübung des Militärdienstes. Die Geldausgaben wiederum gingen nicht über den Rahmen der gewöhnlichen Ausgaben für die Aufrechterhaltung einer regulären Armee hinaus. Die bedeutendsten Menschenverluste brachte der mexikanische Krieg — 13 000 Gefallene, Verstorbene und Verwundete. Außerdem verausgabten die USA für ihre territorialen Erwerbungen in dem Jahrhundert nach ihrem Unabhängigkeitskrieg etwa 50 Millionen Dollar. Diese Summe, die die Herstellungskosten eines Wolkenkratzers in Neuyork nicht übersteigt, war selbstverständlich keine Kompensation für die erworbenen Gebiete, sondern nur ein Deckmantel für die gewaltsame Aneignung.

Das waren die Aufwendungen für die Erwerbung eines riesigen und reichen Territoriums, das seiner Fläche nach dreimal so groß ist wie die Bodenfläche Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und Belgiens zusammengenommen! Kein Wunder, daß die rivalisierenden Mächte meinten, die USA seien unter einem Glücksstern geboren.

II. Die USA als Weltmacht

Wie ereignisreich auch die Geschichte der Expansion der USA im ersten Jahrhundert ihres Bestehens sein mag, ihre Expansion in der folgenden Zeit ist doch von noch viel größerer Bedeutung.

Die USA verwandelten sich mit beispiellosem Geschwindigkeit aus einem Agrarland in einen erstklassigen Industriestaat. Schon 1890 überholten sie den Umfang der Industrieproduktion Englands und rückten auf der industriellen Weltkarte an die erste Stelle. Früher waren die Hauptausfuhrartikel verschiedene landwirtschaftliche Rohstoffe — Baumwolle, Wolle, Weizen — und Bergbauprodukte — Kohle und Kupfer. Seitdem aber wuchs der Export von Industriewaren rasch an.

Im Jahre 1870 wurde der Erdöltrust Rockefellers — die Standard Oil Company — gegründet. Mit diesem denkwürdigen Datum beginnt die

Geschichte der amerikanischen Monopole. In wenigen Händen wurden gigantische Reichtümer konzentriert.

Sofort nach dem Bürgerkrieg in den USA trat, wie die Historiker feststellen, eine bestimmte Flaute in der äußeren Expansion der USA ein. Die inneren Probleme nehmen die Hauptaufmerksamkeit in Anspruch, die Entwicklung der demokratischen Kräfte im Laufe des Kampfes gegen die Schande der Sklaverei übertönt für eine Zeit die Stimmen der Anhänger neuer Eroberungen. Aber die Expansionisten geben ihre Pläne nicht auf: sie rüsten nur zu noch entschlosseneren Aktionen. Gleichzeitig führen der Aufstieg der Monopole und das unentwegte Wachstum ihres Einflusses auf den Kurs des Staatschiffes zu wesentlichen Veränderungen im Charakter der amerikanischen Expansion.

Die treibende Kraft der Expansion ist nun nicht mehr die Besitzergreifung von Ländern durch Ansiedler. Es setzen sich vielmehr die Profitinteressen der monopolistischen Industriebetriebe, Banken und der Handelsfirmen durch. Die Eroberung von Boden hatte gewisse natürliche Grenzen. Die Interessen des Monopolprofits dagegen kennen keine Grenzen. Jetzt handelt es sich nicht mehr nur um die Territorien, die unmittelbar an die USA angrenzen. Washingtons Macht breitet sich konzentrisch über eine Anzahl benachbarter, und nicht bloß benachbarter Länder aus. Es beginnt die Periode des ökonomischen und politischen Durchdringens des Dollars, dessen Fangarme allmählich die ganze Welt umklammern. Die USA erscheinen auf der Arena der Weltpolitik. Sie werden zu einer Weltmacht. Sie schalten sich in die imperialistische Rivalität der Großmächte ein und nehmen aktiv an dem Spiel der internationalen Diplomatie teil.

In dieser Periode nimmt die imperialistische Expansion der USA die verschiedenartigsten Formen an. Zu den Methoden direkter Besitzergreifung gesellt sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder — vor allem der Länder der westlichen Hemisphäre — und die ökonomische Versklavung formal unabhängiger Staaten.

In der Epoche der Herrschaft der Monopole tritt die Außenpolitik der USA in immer höherem Maße in den Dienst des Finanzkapitals. Die Monopolistenkreise üben einen Druck aus auf die Handlungsweise des Staatsdepartements und diktieren den Diplomaten in letzter Linie ungeniert ihren Willen. Dieser Wille findet seinen Ausdruck in einer Anzahl von Dokumenten, offiziellen und inoffiziellen Auslassungen von Bank- und Trustvertretern und Fürsprechern ihrer Interessen. Als Beispiel kann ein Pamphlet dienen,

das die sogenannte National Association for the Protection of American Rights in Mexico (Nationale Assoziation zum Schutze der USA-Rechte in Mexiko) nach dem ersten Weltkrieg herausgab. Zu diesem Verband gehörten Leute, die hohe Posten im Morganschen Bankenkonsortium, in dem Rockefellerschen Erdöltrust Standard Oil und in anderen großen Korporationen bekleideten. Sie vergießen in ihrem Pamphlet Krokodilstränen darüber, „daß glänzende Gelegenheiten für eine amerikanische Kontrolle über große Industrien auf dem Kontinent von Europa zum Beispiel in englische Hände gespielt werden“. Die Verfasser des Pamphlets klagen über die „Indifferenz unserer Kapitalisten“ und erklären diese Indifferenz dadurch, die Betreffenden wüßten, daß sie beim Schutze ihrer Interessen von der Regierung nicht die notwendige Unterstützung erhalten werden.

Weiter wird ein recht aufschlußreiches Aktionsprogramm aufgestellt, worin die Gelüste der imperialistischen Kreise der USA zum Ausdruck kommen:

„Wenn wir wirklich auswärtigen Handel wollen, so müssen unsere Leute reisen, sie müssen in ausländische industrielle Entwicklung hineinstiegen; sie müssen durch ihre Tätigkeit im Ausland für Geschäfte sorgen, die unserer Schiffahrt auch weiter zu tun geben; sie müssen imstande sein, ihr Geld in fremden Ländern anzulegen und nahe dabei zu bleiben, um die Industrien zu managen, in denen sie Interessen gewonnen haben, und zwar mit der Gewißheit, daß sowohl ihr Leben als auch ihr Eigentum ohne Ausflucht oder Verzögerung durch die rasche und mächtige Hand einer mit ihnen sympathisierenden Regierung zu Hause peinlich geschützt werden.“

Man sieht, daß hier sogar alle heuchlerischen Phrasen von Zivilisation, Humanismus, Friedensliebe und dergleichen mehr beiseite geworfen sind. In trockener, geschäftsmäßiger Sprache wird hier ein außenpolitisches Programm entwickelt, das restlos in den Dienst der Interessen des Dollars, der Interessen der Industrie- und Bankmonopole, gestellt ist.

III. Der Mechanismus der amerikanischen Besitzergreifungen

Gewöhnlich erklärt man die Besitzergreifung der Hawaii-Inseln (Sandwichinseln) für einen Wendepunkt in der Geschichte des amerikanischen Expansionismus. Damals bemächtigten sich die USA zum erstenmal eines Territoriums, das von ihren Küsten tausende Meilen entfernt lag. Nicht umsonst aber heißt es, daß nur der erste Schritt schwierig zu sein pflegt...

Die Geschichte dieser Besitzergreifung ist

äußerst lehrreich. Die USA erkannten die Neutralität und die Unabhängigkeit der Hawaii-Inseln durch Vertrag an. Die reiche Oberschicht der Bevölkerung von Hawaii, die den USA Zucker und andere landwirtschaftliche Produkte lieferte, rechnete für den Fall eines Anschlusses an die Vereinigten Staaten mit einer Steigerung ihrer Profite. Diese Elemente provozierten auf den Hawaii-Inseln einen Aufstand. Sofort ließ das Kriegsschiff „Boston“, das in der Nähe von Honolulu vor Anker lag, amerikanische Matrosen landen. Das geschah am 16. Januar 1893. Unter dem Schutz der amerikanischen Schiffskanonen proklamierten die Aufständischen, die eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung bildeten, den Sturz der Hawaiimonarchie und bildeten eine provisorische Regierung, die nach genau einer Stunde von dem Gesandten der USA anerkannt wurde.

Der auf den Hawaii-Inseln angewandte simple Mechanismus bietet auch heutzutage ein nicht nur historisches, sondern auch durchaus aktuelles Interesse. Dieser Mechanismus ist ein Mittel, das fest in das Inventar der amerikanischen Expansion eingegangen ist. Er nimmt einen Ehrenplatz im Arsenal des amerikanischen Imperialismus ein. Seitdem ist dieser Mechanismus — mit einigen Variationen je nach, wenn man so sagen darf, dem örtlichen Kolorit — viele Male angewandt worden. Panama, Honduras, Haiti, Santo Domingo, Nikaragua, Kuba und sogar Mexiko — alle diese Länder haben die Methode kennengelernt, die man mit Recht die „Hawaiimethode“ nennen könnte. In der allerletzten Zeit haben die Ereignisse in Paraguay und Bolivien eine verblüffende Anhänglichkeit der regierenden Kreise der USA an diese Methode gezeigt, die so grandiose Welterschütterungen überstanden hat...

Nach den Ereignissen von 1893 kam es in Washington zu einem Kampf über die Frage der Annexion der Hawaii-Inseln. Diejenigen, die in der Verfassung der USA proklamierten demokratischen Prinzipien einigermaßen ernst nahmen, protestierten entschieden gegen diesen Akt offener Annexionspolitik. Die Debatten in den gesetzgebenden Kammern und die Proteste der öffentlichen Meinung verzögerten auf eine Zeitlang die Besitzergreifung der Hawaii-Inseln, hinderten diese jedoch nicht. Im Juli 1898 sanktionierte der Kongreß diese Annexion in der durch den Amerikanisch-Spanischen Krieg hervorgerufenen Atmosphäre des Chauvinismus.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 führte dazu, daß der amerikanische Imperialismus die reichsten Kolonialbesitzungen Spaniens — Kuba, Portoriko und die Philippinen —, diese

Überreste des einstmals mächtigen und riesigen Reiches, in seine Hände brachte. Ende des vorigen Jahrhunderts war Spanien bereits ein schwaches Land, das keine Kraft mehr hatte, um seine Überseebesitzungen angesichts des allgemeinen Kolonialwettlaufs der imperialistischen Mächte verteidigen zu können. Die USA aber waren stark genug, um Spanien die reichen Länder abzunehmen. Das war der verborgene, aber ganz einfache Sinn des Spanisch-Amerikanischen Krieges.

Wie ein halbes Jahrhundert früher Mexiko, so war Ende des 19. Jahrhunderts auch Spanien aufs äußerste daran interessiert, es nicht auf einen bewaffneten Konflikt ankommen zu lassen, worin es im Grunde keinerlei Chancen haben konnte. Spanien war bereit, fast allen Forderungen der USA Genüge zu leisten. Diese bezogen sich ausschließlich auf Kuba, dessen Erwerbung von den Sklavenhaltern der Südstaaten schon gleich nach Beendigung des mexikanischen Krieges als lösungsreife Frage bezeichnet worden war.

Trotz der Bereitschaft Spaniens, die amerikanischen Bedingungen anzunehmen, nahm man in Washington Kurs auf den Krieg. Nur in einem einzigen Lande wurde dieser Kurs gebilligt. Dieses Land aber war England — damals noch der Beherrscher der Meere. Am Vorabend des Krieges sagte man dem amerikanischen Botschafter in London im Foreign Office folgendes:

„Warum borgen die USA nicht unsere Flotte, um ein rasches Geschäft mit Kuba zu machen? Sie würden uns die Gefälligkeit ein anderes Mal wieder erweisen.“

Der englische Diplomat spielte auf den Burenkrieg an. An dem gleichen Tage brachte der englische Kolonalsekretär Joseph Chamberlain seine Bereitschaft zum Ausdruck, ein Bündnis oder doch mindestens ein Abkommen über ein gemeinsames Vorgehen in wichtigen Fragen zu schließen. Er erklärte hierbei:

„Schulter an Schulter könnten wir in der ganzen Welt den Frieden diktieren.“

Ohne Zweifel hätte der alte Chamberlain das Recht gehabt, gewisse Leute unter den jetzigen Fürsprechern der englisch-amerikanischen Allianz eines Plagiats zu bezichtigen...

Der Spanisch-Amerikanische Krieg endete mit einem Vertrag, worin Spanien zugunsten der USA auf Guam, Portoriko und die Philippinen verzichtete. Die USA sollten ihm 20 Millionen Dollar Entschädigung zahlen. Schon vorher war die Lostrennung Kubas von Spanien proklamiert worden.

Ebenso wie in den vorhergehenden Kriegen waren die Verluste der amerikanischen Truppen außerordentlich geringfügig. Sie betrugen etwas

mehr als 4000 Mann, wenn nicht nur die Gefallenen und an ihren Verwundungen Gestorbenen, sondern auch die durch Unglücksfälle und Krankheiten Umgekommenen mitgerechnet werden.

Nach dem Kriege fragte es sich, was mit der Beute geschehen sollte. Der amerikanische Kongreß hatte der Bevölkerung der Insel Kuba am 20. April 1898 feierlich das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit zugesprochen. In dem Beschuß des Kongresses hieß es:

„Die USA bestreiten hierbei jede Absicht, ihre Souveränität, Jurisdiktion oder Kontrolle auf besagter Insel auszuüben, es sei denn zu ihrer Befriedung, und bekräftigen ihre Entschlossenheit, sobald dies volle ist, die Regierung und Kontrolle über die Insel ihren Bewohnern zu überlassen.“

Das, was für Kuba proklamiert wurde, bezog sich in gleichem Maße auch auf die anderen von der spanischen Abhängigkeit befreiten Besitzungen, auf die Philippinen und Portoriko. Aber die amerikanischen Expansionisten zeigten, daß sie das feierliche Versprechen des Kongresses für einen Fetzen Papier halten. Präsident McKinley, dessen Name mit der imperialistischen Expansion der USA unauflöslich verbunden ist, hat seine Erlebnisse nach der Vertreibung der Spanier von den Philippinen wie folgt geschildert:

„Ich ging jeden Abend bis Mitternacht auf der Diele des Weißen Hauses auf und ab, und ich schäme mich nicht, Ihnen, meine Herren, zu erzählen, daß ich mehr als eine Nacht niederkniete und zum allmächtigen Gott betete, mich zu erleuchten und zu leiten. Und eines Abends spät kam es mir in den Sinn — ich weiß nicht wie es war, aber es kam —, daß

1. wir sie (die Philippinen) nicht an Spanien zurückgeben konnten — das wäre feige und ehrlos gewesen;

2. wir sie nicht Frankreich oder Deutschland, unseren Handelsrivalen im Orient, überlassen konnten — das wäre ein schlechtes Geschäft und diskreditierend gewesen;

3. wir sie nicht sich selbst überlassen konnten — sie waren nicht für die Selbstverwaltung reif — und sie würden bald eine Anarchie und eine Mißwirtschaft haben, schlimmer als der spanische Krieg;

4. uns nichts anderes zu tun übrigblieb, als sie alle zu nehmen und die Filipinos zu erziehen und zu heben und zu zivilisieren und zu christianisieren als unsere Mitmenschen, für die Christus ebenfalls gestorben ist.

Und dann legte ich mich zu Bett und fiel in Schlaf und schlief fest.“

Ein Kolonialgeschichtsschreiber, der diese rührende Erzählung anführt, bemerkt nicht ohne Ironie:

„Der Beschuß kam, um die Wahrheit zu sagen, nicht so plötzlich oder so mysteriös zustande, wie der Präsident es Wort haben will. Mr McKinley befragte nicht nur sein Gewissen, sondern auch seine Ratgeber. Die göttliche Erleuchtung und Führung mußten bestätigt werden durch eingehende Berichte über den ökonomischen und strategischen Wert der Inseln, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wurde.“ (Parker Thomas Moon, *Imperialism and World Politics*.)

Mit anderen Worten, die Annexion der Philippinen war die Folge ganz bestimmter ökonomischer und strategischer Interessengebote. Charakteristischerweise aber wurde schon damals die imperialistische Expansion der USA durch heuchlerische Salbadereien über Humanität, Zivilisation, Friedensliebe, christliche und andere Ideale maskiert.

Die Besitzergreifung der Philippinen durch die Amerikaner führte zu einem blutigen Krieg der Okkupanten gegen die eingeborene Bevölkerung. Die Filipinos besaßen im Frühjahr 1898 faktisch eine Armee von 20 000—30 000 Mann. Mit den spanischen Truppen wurden sie aus eigener Kraft fertig. Am 18. Juni des gleichen Jahres proklamierten sie die Republik. Am 6. August gab die neue philippinische Regierung den ausländischen Mächten bekannt, daß sie ihr Amt angetreten habe. Die Filipinos entsandten eine Delegation nach Paris, wo die Friedenskonferenz zusammenrat, und nach Washington. Aber Präsident McKinley war durchaus nicht gesonnen, die Unabhängigkeit des philippinischen Volkes anzuerkennen. Er gab dem amerikanischen Kommandierenden General Otis Befehl, mit der Bevölkerung der Inseln abzurechnen. In den jetzt folgenden Kriegshandlungen der amerikanischen Truppen gegen das philippinische Volk wurden die Philippinen zum zweitenmal erobert.

Einer der Gesinnungsgenossen des Präsidenten McKinley, Senator Beveridge vom Staate

Indiana, hielt am 9. Januar 1900 eine Rede, die im Stile der jetzigen Hearstleitartikel gehalten war:

„Die Philippinen sind für immer unser... Und direkt hinter den Philippinen liegen Chinas unbegrenzte Märkte. Wir werden uns von beiden nicht zurückziehen. Wir werden unsere Pflicht gegenüber dem Archipel nicht verleugnen. Wir werden unsere Gelegenheit im Orient nicht fahrenlassen. Wir werden uns unseres Anteils nicht begeben an der Mission unserer Rasse, unter Gott der Treuhänder der Weltzivilisation zu sein.“

Ein Jahr später, am 7. Januar 1901, brachte ein anderer Senator, der bekannte Henry Cabot Lodge vom Staate Massachusetts, in der Debatte über die Eroberung der Philippinen die Herzenswünsche des amerikanischen Imperialismus noch offener zum Ausdruck. Er erklärte:

„Wir haben ökonomisch eine große Position inne. Wir marschieren einer noch größeren entgegen. Man kann es hindern, man kann es hemmen, aber man kann das Werk der ökonomischen Kräfte nicht abstoppen. Man kann den Vormarsch der USA nicht abstoppen... Das amerikanische Volk und die ökonomischen Kräfte, die allem zugrunde liegen, tragen uns vorwärts zur ökonomischen Suprematie über die Welt.“

Wir sehen also, daß die jetzigen Prediger der Weltherrschaft der USA — von Vandenberg und Connally bis zu Walter Lippmann — nicht wenige Vorgänger haben.

(Schluß folgt.)

Die Ernährungslage und die Bodenreform in Deutschland

G. GOLOWIN

Die ERNÄHRUNGSKRISE in der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands hat akute Formen angenommen. Infolge der mangelhaften Versorgung sinkt die Arbeitsproduktivität. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet ist stark zurückgegangen. Im März ging über die Städte beider Zonen eine Welle von Streiks und Demonstrationen hinweg, die mit dem Aprilstreik von rund 300 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet endete. Die Streikenden forderten radikale Maßnahmen zur Verbesserung der

Lebensmittelversorgung, Absetzung der reaktionären Beamten, die die Versorgung sabotieren, sowie Auflösung des Hitlerschen „Reichsnährstands“, der in der britischen Zone fortbesteht. Seit der Zeit hat sich nichts gebessert. Im Mai kam es zu neuen Demonstrationen und Streiks. So fand am 9. Mai in Hamburg eine 150 000köpfige Demonstration statt, am 17. Mai wurde in 150 Städten der britischen Zone gestreikt und demonstriert. Auch aus der amerikanischen Zone wurden Protestdemonstrationen gemeldet.

Die Zeitungen vertrösten die Bevölkerung wie im vorigen Jahr auf amerikanische Schiffe, die angeblich mit Weizen nach Deutschland unterwegs sind. Lord F. A. Pakenham, der neueingesetzte britische Minister für die Angelegenheiten der Besatzungspolitik, bezeichnete nach seinem Besuch im Ruhrgebiet die dortige Lage als „erschütternd“ und erklärte:

„Ich schließe mein tägliches Morgen- und Abendgebet mit der Bitte, Deutschlands Ernährungsproblem möge irgendwie gelöst werden...“

James Newman, Chef der amerikanischen Militärregierung für Groß-Hessen, erklärte, die Streiks seien gegen die Besetzungsbehörden gerichtet, und drohte den Streikenden mit Strafen, sogar mit der Todesstrafe...

Aber weder die Gebete Lord Pakenhams, noch das erhoffte amerikanische Getreide oder die Drohung, „Unruhestifter“ erschießen zu wollen, ändern etwas an der Situation. Welches von diesen drei probaten Mitteln soll die Westzonen von der Ernährungskrise befreien?

Es ist elementare Wahrheit, daß eine Erscheinung nicht zu verstehen ist, wenn man ihre Ursachen nicht kennt. In unserem Falle ist jedweder Versuch, das Problem der Lebensmittelversorgung Westdeutschlands zu lösen, fruchtlos, wenn man die Hauptursachen der Lebensmittelkrise unberücksichtigt läßt und seine ganze Hoffnung auf amerikanischen Weizen setzt.

Nimmt man die Struktur der Landwirtschaft in den Westzonen genauer in Augenschein, so wird einem viel von den dortigen Vorgängen begreiflich.

Die „Berliner Zeitung“ schrieb kürzlich über die Lage in den Westzonen:

„Die Ernährungskrise im Westen ist auf politische Ursachen zurückzuführen. Diese Ursachen sind: Nicht-durchführung der Bodenreform, Übergabe wichtiger leitender Stellungen an ausgesprochene Reaktionäre, Junker und Unternehmersyndici wie Schlangen-Schöningen und Dinkelbach, Ausschaltung der Gewerkschaften, der Betriebsräte und anderer demokratischer Organisationen und Institutionen des Volkes von der Einflusnahme auf Wirtschaft und Politik...“

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß in Westdeutschland keine Bodenreform durchgeführt worden ist. Als auf der Moskauer Außenministerberatung die Sowjetdelegation vorschlug, im Laufe des Jahres 1947 die Bodenreform in allen Besatzungszonen Deutschlands zu Ende zu führen, meinte USA-Staatssekretär G. Marshall, in der amerikanischen Zone fehlten die Voraussetzungen einer weitgehenden Bodenreform. Eine ähnliche Linie verfolgen auch die Beamten der für die Landwirtschaft in Westdeutschland zuständigen deutschen Behörden.

Schlange-Schöningen, Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone (dessen Gut in Ostdeutschland beschlagnahmt wurde), und Dr. Baumgartner, der bayrische Landwirtschaftsminister, erklärten wiederholt, die Bodenreform besäße für die britische und die amerikanische Besatzungszone nicht die gleiche politische, ökonomische und soziale Bedeutung wie für die sowjetische Besatzungszone, da es in den Westzonen keine Junker und Latifundien gebe.

Diese Argumente sind nicht stichhaltig. Laut Angaben des Statistischen Reichsamts gab es 1939 in den drei Westzonen über 14 500 Großwirtschaften mit je 100 und mehr Hektar Boden, d. h. doppelt soviel Großwirtschaften wie in der Sowjetzone. In der britischen Zone allein beträgt ihre Zahl über 6000. Sie verfügen dort über insgesamt 2 Millionen Hektar Land. In der amerikanischen Zone gehören 2,9 Millionen Hektar Großgrundbesitzern, in der französischen etwa 1,4 Millionen Hektar.

Die Gesamtfläche der Großwirtschaften in den Westzonen übersteigt 6 Millionen Hektar, davon sind 1,3 Millionen Hektar Nutzfläche. Bei einer Aufteilung dieses Bodens könnten, wie Wirtschaftsfachleute berechnet haben, nicht weniger als 280 000 neue Wirtschaften geschaffen, d. h. über eine Million Menschen mit Boden versorgt werden. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Statistik die bedeutenden, an Kleinbauern verpachteten Gutsländereien nicht erfaßt hat.

Diese Tatsachen zeigen, daß in den Westzonen Deutschlands ebensolche objektive Voraussetzungen für eine Bodenreform vorhanden sind wie in der sowjetischen Besatzungszone.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und angesichts der günstigen Resultate der Bodenreform in Ostdeutschland wurde vom Länderrat in der amerikanischen Besatzungszone ein Reformprojekt ausgearbeitet, das Ende September v. J. von der amerikanischen Militärregierung bestätigt wurde.

Diesem Gesetz zufolge sollen Besitzer mit Bodenanteilen von 100—500 Hektar 10—50 Prozent ihres Bodens für die Verteilung hergeben, Wirtschaften mit 500—1000 Hektar 50—75 Prozent. Folglich behält ein Gutsbesitzer, der früher 1000 Hektar besaß, unter allen Umständen noch mehrere 100 Hektar des besten Bodens und natürlich alle Baulichkeiten, das Vieh und die landwirtschaftlichen Geräte. Der Gutsbesitzer wird für den gesamten zu enteignenden Boden entschädigt. Es bleibt also noch eine große Anzahl nicht nur von Großbauernwirtschaften, sondern auch von Latifundien bestehen.

Daneben heißt es in dem Gesetz auch, daß die Neusiedler anfangs den Boden nur in Pacht erhalten und erst nach Ablauf von drei Jahren, wenn sie bewiesen haben, daß sie zum Ackerbau fähig sind, das gepachtete Land ankaufen können.

Die Großgrundbesitzer können aber auch dieser „Reform“ aus dem Wege gehen, indem sie fiktiv ihren Boden unter ihre Familienmitglieder aufteilen. Auch die zuständigen deutschen Behörden suchen das Gesetz zu umgehen, seine Durchführung zu verzögern und den Boden in den Händen seiner bisherigen Besitzer zu belassen.

In der britischen Besatzungszone haben die Militärbehörden Latifundien mit über 500 Hektar unter Kontrolle genommen. In vielen Fällen aber werden die Gutsbesitzer oder ihre Söhne zu Treuhändern ernannt. Im Vorjahr beschloß der Landtag von Schleswig-Holstein eine Bodenreform und reichte das betreffende Gesetz der britischen Militärregierung zur Bestätigung ein. Diesem Projekt zufolge werden nur solche Güter von der Enteignung betroffen, die über 150 Hektar besitzen. Aber selbst in diesem Fall werden dem früheren Besitzer mindestens 100 Hektar belassen. Der größte Teil der Güter bleibt also unangetastet. Den Neusiedlerwirtschaften beabsichtigt man nur je 1 Hektar Boden anzugeben, was die Neusiedler unweigerlich zwingen wird, sich beim Gutsbesitzer als Tagelöhner zu verdingen.

Während sich für die werktätige Bauernschaft und die Umsiedler in den Westzonen kein Boden findet, übergibt man den aus der sowjetischen Besatzungszone geflohenen Junkern und Latifundienbesitzern ehemalige Militärflugplätze, Artillerieschießgelände u. a. Auf den Fideikommissen der Fürsten von Thurn und Taxis, zu Schwarzenberg u. a. haben sich Großagrarier festgesetzt, die Ostdeutschland fluchtartig verlassen haben. Die bekannten Hitleranhänger von der Goltz, von Zitzewitz und andere haben sich in den Westzonen niedergelassen und große Landgüter erhalten.

Die Ernährungskrise in den westlichen Besatzungszonen ist in hohem Maße auf die Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes zurückzuführen. Die Gutsbesitzer sind an einer gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion und an Lebensmittelablieferungen für die Bevölkerung nicht interessiert. Während der Ablieferungsplan nicht im entferntesten erfüllt wird, gelangen in Bayern über 40 Prozent des Getreides, in der britischen Zone etwa die Hälfte aller eingebrachten Kartoffeln auf Umwegen in den Schleichhandel.

Die Landwirtschaft in den Westzonen steht unter Leitung des alten Apparats des Hitlerschen „Reichsnährstands“, der nach dem Prinzip: „Je schlimmer, desto besser!“ vorgeht. Erich Arp, stellvertretender Vorsitzender des Hauptaus-

schusses für Landwirtschaft und Ernährung in Schleswig-Holstein, mußte kürzlich folgendes zugeben:

„Es wurde und wird auch zur Zeit noch mit der Zuteilung von Nahrungsmitteln Politik getrieben.“

Nazielemente, die sich in der Verwaltung der Landwirtschaft in den Westzonen ihren Einfluß bewahrt haben, suchen die Lebensmittelkrise auf die Spitze zu treiben, um die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft und die demokratische Umgestaltung Deutschlands zu vereiteln.

Den hungernden Bergarbeitern wird kein Brot ausgefolgt, die Gutsbesitzer aber verfüttern mit Duldung der Besatzungsbehörden Getreide an ihr Vieh, verkaufen es im Schleichhandel oder hinterziehen ihre Vorräte. Einige wenige entlarvte Saboteure werden belangt, kommen aber mit kurzer Haft oder mit Geldstrafen davon.

Dr. Baumgartner erklärte, die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der britischen Zone liege völlig im argen. Ein wertvolles Bekenntnis! Es sei hinzugefügt, daß es in der amerikanischen Zone nicht besser bestellt ist. F. Taylor Ostrander, Leiter der Preiskontrollaktion des OMGUS (Office of Military Government of the United States), teilte mit, daß vom September v. J. bis März d. J. in der amerikanischen Zone 450 000 (d. h. 55 Prozent der zu schlachtdenden) Schweine „verschwunden“ seien. Seiner Schätzung nach werden in den Westzonen etwa 20 Prozent aller landwirtschaftlichen Produkte hinterzogen und kommen folglich nicht zur Verteilung.

Der wenig erfreuliche Stand der Lebensmittelversorgung in Westdeutschland ist also offensichtlich auf die Politik der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden zurückzuführen, die nicht auf eine entschlossene, vor allem eine Bodenreform erfordrende Demokratisierung der Landwirtschaft Kurs nehmen wollen. Könnte die Lage anders sein? Ohne Zweifel. Wer ein Beispiel haben will, braucht nicht in die Ferne zu schweifen. Er braucht sich nur die Resultate der Landwirtschaftsreform in der sowjetischen Besatzungszone anzusehen.

Die Bodenreformgesetze wurden in den Provinzen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone Anfang September 1945 angenommen. Dessen Gesetzen zufolge sollten der Bodenbesitz und das landwirtschaftliche Eigentum aktiver Nazis und Kriegsverbrecher sowie die Wirtschaften der Feudaljunker mit einem Bodenbesitz von über 100 Hektar eingezogen werden.

Unvollständigen Angaben zufolge erstreckte sich die Bodenreform auf etwa 11 500 Wirtschaften, deren Fläche zusammen mit staatlichen

Ländereien rund 3 Millionen Hektar ausmachte. Dieser Boden wurde mehr als 466 000 Wirtschaften zugeteilt. Den neuen Bauernwirtschaften wurden 47 600 Pferde, 124 500 Kühe, 5500 Schlepper sowie Baulichkeiten, Inventar und Saatgut zur Verfügung gestellt und ein Kredit von 350 Millionen Mark gewährt. Den Komitees für bäuerliche Selbsthilfe wurden Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, ferner Zuchtvieh sowie große Maschinen und Traktoren übergeben.

Die Bodenreform hat den deutschen Gutsbesitzern ihre ökonomische Basis entzogen. Ihre Machtstellung und ihr reaktionärer Einfluß im Dorf sind gebrochen. Gleichzeitig hat sich durch die Bodenreform aber auch die Ernährungslage in der Zone bedeutend gebessert, da durch sie die Produktivität gehoben und die Belieferung der Städte mit Lebensmitteln stimuliert worden ist.

Die reaktionäre Auslands presse prophezeite, die Bodenreform werde die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bremsen, der Boden werde brachliegen, der Ernteertrag zurückgehen. Diese Befürchtungen waren ganz unbegründet. In der Sowjetzone wurde voriges Jahr nicht nur die ganze frühere Anbaufläche bearbeitet, sondern sogar um eine halbe Million Hektar mehr als 1945. Die diesjährige Frühjahrssau saat ist mit Erfolg durchgeführt worden. Die Mühe der Bauern, die Böden erhalten haben, ist nicht umsonst gewesen. Ein Beweis dafür, wieviel die Bodenreform zur Verbesserung der Ernährungslage Deutschlands hätte beitragen können, ist die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft der sowjetischen Besatzungszone. Im Vorjahr wurden hier um 450 000 Tonnen Getreide mehr eingebracht als 1945. Auf dem früheren Rittergut Dornheim erntete man vor der Bodenverteilung im Durchschnitt vom Hektar: 16 Doppelzentner Weizen, 12 Doppelzentner Roggen, 22 Doppelzentner Gerste, 160 Doppelzentner Kartoffeln, 200 Doppelzentner Zuckerrüben. Nach der Bodenverteilung (1946) erntete man vom Hektar: 24 Doppelzentner Weizen, 16 Doppelzentner Rog-

gen, 30 Doppelzentner Gerste, 180 Doppelzentner Kartoffeln und 280 Doppelzentner Zuckerrüben.

Dank der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft hatte die Sowjetzone die Möglichkeit, dem übrigen Deutschland mit Lebensmitteln auszu helfen. Vom 1. August 1946 bis zum 10. April 1947 wurden in die Westzonen abgesandt: 55 000 Tonnen Brotgetreide, 84 000 Tonnen Kartoffeln, 18 400 Tonnen Zucker. Außerdem sollen bis 31. Juli d. J. weitere 73 000 Tonnen Brotgetreide, 152 000 Tonnen Kartoffeln, 20 000 Tonnen Zucker und andere Lebensmittel zum Versand gebracht werden. Insgesamt sollen die Westzonen 485 000 Tonnen Lebensmittel aus der sowjetischen Zone erhalten.

Die Demokratisierung der deutschen Volks wirtschaft wird immer mehr zu einem Gebot der Stunde. Das bezieht sich auch auf die Landwirtschaft. Es liegt kein Grund vor, mit der Durchführung der Bodenreform und anderer Maßnahmen zu säumen, mit deren Hilfe die Wurzeln des Nazismus im deutschen Dorfe ausgerodet werden sollen. Die Gegner der Bodenreform in Westdeutschland unkten früher, eine solche Reform würde zu einer Ernährungskatastrophe führen. Jetzt suchen sie mit dem gegenteiligen Argument zu operieren: Die Katastrophe ist da, zu einer Bodenreform ist es folglich schon zu spät! Wie unhaltbar beide Argumente sind, wie verlogen das erste und wie pharisäisch das zweite, liegt auf der Hand. Mögen die Verfechter der alten Ordnung sich noch so sehr ins Zeug legen, das Leben fordert dringend eine demokratische Umgestaltung Deutschlands. Der Beschuß der Moskauer Außenministerberatung über die Vollendung der Bodenreform in ganz Deutschland im Laufe dieses Jahres muß unverzüglich in die Praxis umgesetzt werden. Die Bodenreform ist eine wichtige Voraussetzung nicht nur für die Demokratisierung Deutschlands, sondern auch für den Aufstieg seiner Landwirtschaft und folglich auch für die Überwindung der Ernährungsschwierigkeiten.

Das Spiel mit der Unabhängigkeit Frankreichs

(Eine Auslandspresseschau)

S. IWANOW

Das ECHO, das die Reorganisierung der französischen Regierung und die verfassungswidrige Entfernung der Minister der größten französischen Parlamentspartei — der Kommunistischen Partei — aus dem Kabinett in der Presse Frankreichs und der angelsächsischen Länder gefunden haben, läßt erkennen, daß bei der Sprengung der demokratischen Koalition in Frankreich imperialistische Überseekreise die Drahtzieher gewesen sind. Die Weltreaktion findet mit ihren Plänen bei den reaktionären Gruppen Frankreichs Unterstützung, die bereit sind, die Unabhängigkeit ihres Landes für ein Linsengericht — knechtende amerikanische Anleihen und Kredite — zu verkaufen. „Le Figaro“, dessen Linie von Walter Lippmann, einem Sprecher der amerikanischen Truste, bestimmt wird, schrieb, der Regierungschef Ramadier habe erlich die Möglichkeit, das Land zu regieren und eine zweckmäßige Politik zu betreiben.

„Le Pays“, das Organ der neugebackenen de-Gaulle-Partei, schrieb, der gesunde Menschenverstand habe jetzt Oberwasser, was nur zu begrüßen sei.

„L’Aube“, Organ der katholischen MRP, hebt hervor, daß es ein Präzedenzfall von besonderer Bedeutung sei, wenn sich durch das von Ramadier bei der Veränderung der Regierungszusammensetzung angewandte Verfahren als möglich erwiesen habe, die Vollmachten des Regierungschefs zu erweitern, ohne daß man sich an den Buchstaben der Verfassung zu halten brauche. Das kürzlich von derselben Partei erworbene Wochenblatt „Carrefour“ ist entzückt über die Entdeckung einer „treffenden Regierungsformel“ und schlägt vor, den Tag der Entfernung der kommunistischen Minister zum „Geburtstag der viersten Republik“ zu erheben und „die Furchtlosigkeit de Gaulles mit der glücklich gefundenen Mehrheit zu vereinen“.

In demselben Sinne äußern sich die meisten amerikanischen und englischen Blätter über die Sprengung der demokratischen Koalition Frankreichs, ebenso die Presse der faschistisch-monarchistischen Gruppen in Italien, Belgien, Griechenland und anderen Ländern. Hierbei wird besonders hervorgehoben, welche Rolle die Führer der

Sozialistischen Partei bei der Regierungsumbildung gespielt haben.

Den Maivorfällen sind in Frankreich bekanntlich Intrigen, Kombinationen und ein Kuhhandel hinter den Kulissen vorausgegangen. Die reaktionäre Presse prophezeite alle möglichen Katastrophen für den Fall, daß die gerechtfertigten, legalen Forderungen der Werktätigen und der Allgemeinen Konföderation der Arbeit bewilligt werden und die Regierungskoalition unter Beteiligung der Kommunisten aufrechterhalten bleibende sollte. Maurice Schumann, der Vorsitzende der MRP, schrieb, im Falle einer Annahme der kommunistischen Vorschläge werde Frankreich gezwungen sein, bei fremden Mächten „um Anleihen und Kredite zu betteln“, es riskiere den Verlust seiner Souveränität, seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, seiner Überseebesitzungen.

Diese Auslegung der Situation kann als Schulbeispiel dafür dienen, wie die öffentliche Meinung irregeführt wird. Gerade die Politik, auf die sich die Regierung Ramadier orientiert und die die Kommunisten nicht unterstützen wollten, bringt Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten und bedroht seine Souveränität. Gerade als die Forderungen der Werktätigen abgelehnt wurden und die Regierungskoalition gesprengt war, trat die ganze Tragik der Situation zutage, in der Frankreich sich heute befindet. Es hat sich herausgestellt, daß die offiziellen Kreise Frankreichs, entgegen dem Willen des französischen Volkes, den Weg der Kapitulation vor den vereinten Kräften der inneren und äußeren Reaktion betreten haben. Von entscheidender politischer Bedeutung ist die objektive Tatsache, daß die Führer der Sozialistischen Partei, angesichts der ernsten Schwierigkeiten und in Unterschätzung der unversieglichen Schöpferkräfte des Volkes, der antikommunistischen Psychose verfallen sind und den Weg der Kapitulation eingeschlagen haben, in der Hoffnung, Getreide, Kohle, verschiedene Rohstoffe und Ausrüstungen für die Industrie sowie amerikanische Anleihen und Kredite zu erhalten. Es ist sogar zu einer gräßlichen Einmischung amerikanischer Finanz- und Industriekreise und ihrer politischen Agenten in die inneren Angelegenheiten Frankreichs

gekommen, die offen auf die Zusammensetzung der Regierung und ihre Linie einzuwirken suchen.

Die Pariser und Neuyorker Presse bringt zahlreiche Meldungen, die die außenpolitischen Hintergründe der jüngsten Ereignisse in Frankreich charakterisieren und erkennen lassen, welche Rolle der Dollar bei der „Reorganisierung“ der Regierung und bei der Schwenkung in der Innen- und Außenpolitik Frankreichs gespielt hat. Gustave Octurier, Korrespondent der France Presse, machte den Versuch, diese Meldungen zu widerlegen, bestätigte aber nur, wie richtig sie sind, als er am 7. Mai Einzelheiten über Bullitts Besuch in Paris berichtete. Er schrieb:

„William Bullitts Aufenthalt in Frankreich, seine Privatunterredungen mit de Gaulle und anderen Politikern, unüberlegte Hypothesen, beim Cocktail vor indirekten Ohren durch Leute vorgebracht, deren beschränkte Verantwortung sie nicht verpflichtet, ihre Worte im Gespräch auf die Goldwaage zu legen, das ist anscheinend der Ursprung dieser Gerüchte.“

Jetzt kann niemand mehr leugnen, daß die Internationale Wiederaufbaubank erst nach den Veränderungen in der Regierung Ramadier und nach Annahme einer Reihe nicht gerade geringfügiger Bedingungen durch Frankreich endgültig beschloß, dem Lande eine 250 Millionen Dollar-Anleihe zu gewähren. Von einigen dieser Bedingungen sprach André Philip, Minister für Volkswirtschaft, schon am 25. April ganz offen in einer Rede, die er in Rennes hielt. Er sagte dort:

„Frankreich kann nicht ständig von der Barmherzigkeit anderer leben. Das Defizit unserer Handelsbilanz würde selbst nach einer Verdoppelung unseres Exports noch 700 Millionen Dollar ausmachen. Die internationale Bank, die uns eine Anleihe von 250 Millionen Dollar gewährt hat, wollte Auslandsbeobachter nach Frankreich schicken, diese Bevormundung haben wir uns aber verbeten...“

Damals verbat man sich die Bevormundung, heute läßt man sie sich gefallen.

Frankreich braucht aber allein zur Deckung des 700 Millionen-Defizits in der Handelsbilanz dieses Jahres mindestens weitere 450 Millionen Dollar. Unter welchen Bedingungen die amerikanischen Bankkreise bereit wären, Frankreich in Zukunft neue Anleihen und Kredite zu gewähren, das läßt sich aus der bitteren Erfahrung erkennen, die Frankreich gemacht hat, nachdem B'um (am 28. Mai v. J.) das Kreditabkommen in Washington unterzeichnet hatte.

Von der damals gewährten 720 Millionen-Anleihe mußte Frankreich 300 Millionen Dollar für den Ankauf amerikanischer „Heeresrestbestände“ verwenden, die vom Kriege her in Frankreich und seinen Kolonien verblieben waren. Diese „Restbestände“ sind, nach Schätzung französischer Sachverständiger, höchstens 50 Millionen

Dollar wert. Sie wurden pauschal, „ohne Inventarisierung und Bestandsaufnahme“, angekauft. Frankreich kaufte, was die USA nicht brauchen konnten, obwohl sich viel unnützer Kram darunter befand.

Die Pariser Zeitschrift „Horizons“ füllte ihre gesamte Januarnummer d. J. mit Enthüllungen über diese Ankäufe, sie teilte z. B. mit, daß Frankreich sich auf 5 Jahre mit Naphtalin eingedeckt hat, daß es große Mengen Insektenpulver, ganze Lager von Tarnungsnetzen, Zehntausende unbrauchbarer Kraftwagen und ähnliches angekauft hat.

Das von Blum unterzeichnete Abkommen öffnet den amerikanischen Waren und Kapitalien in Frankreich und seinen Überseebesitzungen Tor und Tür. Die Regierung hat, unter Umgehung der Gesetze über die Verstaatlichung der Banken und des Kreditwesens sowie über die Außenhandelskontrolle, den Privatbanken und Trusten, die mit analogen amerikanischen Unternehmungen liiert sind, Handlungsfreiheit eingeräumt. Die Folge war, daß im Vorjahr aus den USA Waren im Werte von 65 041 000 000 Frank nach Frankreich eingeführt wurden, aus Frankreich wurden in die USA aber nur Waren im Werte von 6 269 000 000 Frank exportiert. Bezeichnend ist, daß Frankreich im gleichen Jahr an die Schweiz Waren für 9 587 000 000 Frank verkauft, in der Schweiz aber Waren für 7 875 000 000 Frank gekauft hat, also eine aktive Handelsbilanz gegenüber der Schweiz zu verzeichnen hatte. Die Zeitung „La Dépêche de Paris“ schreibt in diesem Zusammenhang:

„In Frankreich wie in England ist die Öffentlichkeit erregt darüber, daß man gezwungen ist, in Amerika Dollar aufzunehmen, um dann dort Kohlen oder Getreide zu hohen Preisen einzukaufen.“

Ein anderes Beispiel: Frankreich braucht dringend Ruhrkohle, damit seine Hüttenindustrie normal funktionieren kann. Durch das kürzlich abgeschlossene französisch-englisch-amerikanische Abkommen über die Lieferung deutscher Kohle wird Frankreich nicht die nötige Menge verkokbarer Kohle zugeteilt. Die Saarkohle, die von den französischen Besatzungsbehörden nach Frankreich versandt wird, ist für die Verkokung weniger geeignet. Frankreich bittet, ersucht, dringt darauf, daß ihm Ruhrkohle als Reparationsleistung geliefert wird. Londons und Washingtons Antwort aber lautet etwa wie folgt:

Erstens könne die deutsche Kohle nicht als Reparationsobjekt dienen; zweitens werde deutsche Kohle vor allem als „Prämie für gutes Be tragen“ an diejenigen Länder geliefert, die fest für den Westblock einstehen; drittens dürfe die

deutsche Kohle weder mit der amerikanischen Kohle konkurrieren noch an ihre Stelle treten; viertens müßten die Franzosen, falls sie nicht genug Kohle hätten, ihre Industrie auf Masut umstellen.

Diese eindeutigen Argumente wurden von Patrick Skudetar, einem Korrespondenten der Hearstagentur International News Service, in einem Artikel vorgebracht, den die Pariser Zeitschrift „Monde Illustré“ am 2. November v. J. abgedruckt hat. Skudetar schreibt:

„Die deutsche Kohle ist kein Reparationsartikel... Sie ist außerdem der amerikanische St. Georgesritter, der dem Westblock die Möglichkeit gegeben hat, selbst früher feindliche Länder für ein Bündnis zu gewinnen und eine Art von Absperrungskette gegen die Sowjetwalze zu bilden.“

Hieraus erkläre sich die Tatsache, daß Österreich, Italien, Belgien, Holland, Dänemark und Luxemburg regelmäßig deutsche Kohle in verhältnismäßig großen Mengen erhalten, Frankreich aber, das „seine Politik noch nicht klar definiert hat und zu balancieren sucht“, die deutschen Kohlelieferungen systematisch gekürzt wurden.

Skudetar rät den Franzosen, ihre Industrie von Kohle auf Masut umzustellen. Frankreich aber besitzt kein eigenes Masut. Dem Mangel könne abgeholfen werden, es lasse sich ja von den amerikanischen und englischen Öltrusten beziehen! Einige Pariser Zeitungen faßten diesen Rat als Vorschlag auf, Frankreichs Volkswirtschaft den Erdölgesellschaften der USA und Englands unterzuordnen. Außer den Monopolprofiten bekämen diese Gesellschaften damit ein wunderwirkendes Mittel, auf die Angelegenheiten Frankreichs Einfluß zu nehmen. Sie brauchten nur den Masutzufluß zu sperren, um Frankreich zum Gehorsam zu zwingen, falls es der französischen Regierung einfallen sollte, selbständig zu handeln.

Von unzweifelhaftem Interesse in dieser Hinsicht sind auch folgende Angaben: Frankreich erhält heute aus den USA 750 000 Tonnen Kohle monatlich zu 22 Dollar oder 2418 Frank. Für Saarkohle zahlt es aber nur 890 Frank, für Ruhrkohle 1236 Frank.

Man läßt es jedoch nicht bei Ratschlägen und bei Plänen bewenden, wie man das Kohleproblem zu lösen gedenkt. Es bestehen auch Projekte, wie man Frankreich beim Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft „helfen“ will. In einem Artikel J. R. Tournoux', der am 16. Mai d. J. in der Pariser „Libération“ veröffentlicht wurde, sind folgende Bedingungen der USA aufgezählt, die bei einer entsprechenden Wirtschaftshilfe an Frankreich gestellt werden: Erstens Kontrolle über die Kapitalanlagen. Die amerikanischen

Finanzleute möchten wirkliche Garantien dafür haben, daß die Kredite nicht zur Deckung des Haushaltsehbetrages ausgenutzt werden. Diese Kontrolle ist durch Privatbanken und nationalisierte Unternehmungen zu bewerkstelligen. Zweitens Schaffung eines französisch amerikanischen Fonds (Pool) für die technische Ausrüstung und Fortentwicklung der Überseeterritorien überhaupt und Nord- und Westafrikas im besonderen. Drittens Unterzeichnung eines Abkommens über die Anlage von Landungsplätzen für „Frachtfahrzeuge“ der USA in Afrika...

Zuverlässigen Angaben zufolge werde der erste Teil der Kredite an Frankreich 1 Milliarde Dollar ausmachen. Diese Kredite werden nicht von der Internationalen Wiederaufbaubank gewährt, sondern amerikanische Privatbanken werden sie französischen Privatbanken einräumen. Interessant ist, daß das Staatsdepartement in dieser Hinsicht nicht nur Regierungskreise sondiert hat. Da Washington eine de Gaulle Regierung für möglich hält, wurde der ehemalige Regierungschef gebeten, zu präzisieren, wie er zu derartigen Wirtschaftsverträgen stehe.

Hinsichtlich dieser amerikanischen Bedingungen hebt Barsalou, ein anderer französischer Journalist, im „Parisien libéré“ hervor, daß die USA sowohl ökonomische als auch strategische Ziele verfolgen. Jedenfalls sei schwer zu sagen, woran den USA auf manchen französischen Überseeterritorien mehr gelegen sei, an Militärstützpunkten oder an Absatzmärkten. In der französischen Presse ist manches darüber laut geworden, wie Agenten von USA Trusten und Banken bei der Provokation der blutigen Ereignisse in Algier vom Mai 1945 ihre Hand im Spiel gehabt und geholfen haben, Frankreich zum Krieg gegen das Volk Vietnams zu treiben. Kürzlich brachte „La Dépêche de Paris“ folgende Enthüllung:

„...die amerikanische Regierung hat die französische Regierung halbamtlich davon in Kenntnis gesetzt, sie sähe es gern, wenn diese eine feste Politik betriebe, um den indochinesischen Konflikt beizulegen.“

D'Argenlieu, der ehemalige französische Generalgouverneur Indochinas, betrieb diese Politik mit aller Grausamkeit und sagte in einem Interview, das er dem Berichter der United Press am 25. Januar d. J. gab, er betrachte die Schwierigkeiten in Indochina als einen Teil des Weltkampfes zwischen den kapitalistischen Demokratien mit den USA an der Spitze und dem Kommunismus...

Aus französischen Pressekommentaren ist klar ersichtlich, welche Rolle die Führung der Sozialistischen Partei bei der Kapitulation der Regierung vor der Weltreaktion gespielt hat. Léon Blum, André Philip und andere rechte Führer

dieser Partei hatten auch früher schon die Entfernung der Kommunisten aus der Regierung und die Schaffung einer rechts-zentristischen Regierungskoalition angestrebt. In diesem Sinne genossen sie nicht nur die Unterstützung der reaktionären Kräfte im Lande, sondern auch die der Finanz- und Industriekreise sowie der offiziellen Kreise der USA.

Anderseits wird die sogenannte „Trumandoktrin“ und die USA-Außenpolitik überhaupt im Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs, dem „Populaire“, mit größter Sympathie kommentiert. Léon Blum bricht tagtäglich eine Lanze für diese Politik und will sie sogar theoretisch begründen und rechtfertigen. Als Wallace in Paris weilte, veröffentlichte Blum im „Populaire“ (am 23. April) einen Artikel, in dem er eine Analogie zwischen der Haltung de Gaulles und der Wallaces feststellte. Der erste habe „den öffentlichen Bruch mit der legitimen Konstitution Frankreichs vollzogen“, der andere habe „mit der offiziellen Politik der USA“ gebrochen. Blum billigt es nicht, wenn Wallace „vor allem das falsche Verhalten, das er seiner eigenen Regierung zuschreibt“, als die Quelle der Gefahr eines neuen Kriegs ansieht. Blum meint, falls es in den USA auch wirklich Imperialisten gebe, so seien das lediglich „Friedensimperialisten“. Diese neueste Theorie Blums von den „amerikanischen Friedensimperialisten“ entspricht der alten, lächerlichen Theorie Karl Kautskys vom friedlichen Ultraimperialismus. Blum läßt diese salbungsvollen Auslassungen in einem Moment vom Stapel, wo die amerikanischen Imperialisten Atombomben produzieren, den Bürgerkrieg in China anfangen, Kriegsschiffe nach dem Bosporus entsenden

und bemüht sind, sich die Kontrolle über die französische Außen- und Innenpolitik zu verschaffen.

Die Presse der Sozialistischen Partei sucht den Sinn der sich abspielenden Ereignisse zu vertuschen und sie als eine Etappe in der freien Entwicklung des innerpolitischen Kampfes darzustellen. Die Wirklichkeit sagt aber etwas anderes. Nach dem Diktat der jetzigen und künftigen Auslandsgläubiger Frankreichs kämpft dessen streitbare Reaktion gegen die demokratischen Freiheiten und treibt ein gefährliches Spiel mit der Unabhängigkeit des Landes.

Der Kurs, den die von den Sozialisten geführte neue Regierungskoalition eingeschlagen hat, führt einzig und allein zur Unterordnung der französischen Innen- und Außenpolitik unter die Interessen der USA. Die Gefahren eines solchen Kurses sind unverkennbar. Von ihnen sprechen nicht nur die Arbeiterzeitungen, sondern auch viele andere Blätter.

Der demokratische „Franc-Tireur“ behandelt den Einfluß der innerpolitischen Ereignisse auf die französische Außenpolitik, die sich immer mehr der expansionistischen Linie der USA annähert, und hebt mit Recht hervor, die „Bidaultdoktrin“, die von den Thesen Trumans inspiriert sei, könne nur ein Resultat zeitigen: die Verwandlung Frankreichs in einen Trabanten der USA.

Die demokratische Öffentlichkeit Frankreichs kann das Bestreben, die Politik Frankreichs dem amerikanischen Imperialismus unterzuordnen, nicht unterstützen. Die streitbare Reaktion wird bei den demokratischen Kräften, die die sozialen, ökonomischen und politischen Errungenschaften des Volkes, die ökonomische und politische Unabhängigkeit Frankreichs verteidigen, zweifellos auf ernsten Widerstand stoßen.

Internationale Umschau

(Notizen)

EIN UNHALTBARES DEMENTI

In seiner Unterhausrede vom 15. Mai gab der britische Außenminister E. Bevin einen Bericht über die Ergebnisse der Moskauer Außenministerberatung, wobei er sich darüber beklagte, es sei „die Gewohnheit entstanden, einander Anschuldigungen an den Kopf zu werfen“ anlässlich gewisser wichtiger Probleme, die auf der Moskauer Tagung diskutiert worden seien.

Insbesondere sei das bei der Erörterung der Frage der Entnazifizierung der Fall gewesen, erklärte Bevin. Die Regierung Seiner Majestät sei beschuldigt worden, Nazis zu beschäftigen und zu protegieren. Als man diese Beschuldigung untersucht habe, da sei zutage getreten, daß sie durchaus unwahr sei.

Leider führte Bevin keine einzige Tatsache an, um seine Worte zu bekräftigen. Die berechtigte Beschuldigung aber, daß das von der Berliner Konferenz vereinbarte Denazifizierungsprogramm in der britischen Besatzungszone nicht durchgeführt werde, wird durch immer neue Angaben bestätigt.

An dem gleichen Tage, an dem Bevin im Unterhaus seine Erklärung abgab, veröffentlichte das „Neue Deutschland“ ergänzende Angaben, die besagen, daß in der englischen Besatzungszone auf vielen wichtigen Posten in Wirtschaft und Verwaltung Leute verblieben sind, die den Machtantritt Hitlers aktiv unterstützt und sich an der Vorbereitung der deutschen Aggression beteiligt haben.

So liegt die Leitung des Wirtschaftsausschusses in der Wirtschaftsverwaltung Niedersachsen in den Händen des aktiven Nazis Dr. Kurt Penzlin. Der Mann war früher Sachberater des Kriegsverbrechers Sauckel und „Reichstreuhanter für Arbeit in Niedersachsen“. Dieser Sklavenhändler gehört auf die Anklagebank, und nicht auf den leitenden Posten eines „Spezialisten“ in Wirtschaftsfragen.

Der Generaldirektor der AG. für Verkehrs-wesen (einer Hamburger Eisenbahngesellschaft, die als Lenzkonzern bekannt ist), war Standartenführer der SA und einer der „Führer“ der Kriegs-industrie. Sein Name ist Dr. Erich Lübbert. Im Jahre 1945 floh er, da er Vergeltungsmaßnahmen fürchtete, aus Berlin und suchte in der britischen Zone Zuflucht. Jetzt leitet er den erwähnten Konkern.

Generaldirektor des Glanzstoffkonzerns in Wuppertal ist ebenfalls ein früherer Nazi, nämlich Dr. Ernst Hellmut Vits, der in Hitlers Wirtschaftsministerium einen verantwortlichen Posten bekleidete.

Namhafte Nazis sitzen auf verantwortlichen Posten in den Polizeibehörden der englischen Zone. Die „Berliner Zeitung“ bezeichnet einige Polizeiorgane in Hannover als „Sammelstellen ehemaliger Gestapoagenten“.

Major Krumrey, Polizeichef des Regierungsbezirks Hannover, arbeitete seit 1933 in dem Ministerium des Kriegsverbrechers Frick und war unmittelbarer Helfershelfer bei den Freveltaten des Hitlerregimes. Er beschäftigte sich mit der Mechanisierung des Massenmordes und war beteiligt an der Erfindung der sogenannten „Gaswagen“. An der Spitze der Kriminalpolizei des Regierungsbezirks Hannover steht der frühere SS-Sturmführer Wilkening.

Bevins Dementi stimmt also mit der wirklichen Sachlage in der britischen Besatzungszone nicht überein.

von einigen Geheimnissen des Uranerzes

Die belgische Zeitung „La Cité nouvelle“ veröffentlichte im April eine Korrespondenz von Pierre de Vos aus Belgisch-Kongo unter der Überschrift: „Lüften wir den Schleier des Geheimnisses, der die Uranproduktion in unserem Kongogebiet umgibt“. Obgleich die Zeitung mit Verspätung eingetroffen ist, haben Pierre de Vos' Mitteilungen doch eine derart aktuelle Bedeutung, daß wir auf sie eingehen wollen.

Er berichtet vom Export des Uranerzes, das bekanntlich der Haupthrohstoff für die Freisetzung der Atomenergie ist.

Die Zeitung erklärt, während des Krieges sei ein bedeutender Teil des Uranerzes durch die in Portugiesisch-Angola gelegene Hafenstadt Lobito, als „Eisenschrott“ deklariert, aus Afrika ausgeführt worden. Durch diese Deckbezeichnung sollte angeblich die Wachsamkeit der zahlreichen Deutschen, die sich damals auf jenem neutralen Boden befanden, getäuscht werden. Die Verwaltungsbehörden von Belgisch-Kongo verbargen sorgfältig alles, was zum Uranerz in Beziehung

stand. Der Krieg ging zu Ende, aber der Vorhang des Geheimnisses, der die Gewinnung und Ausfuhr des Uranerzes aus Belgisch-Kongo umgibt, wurde noch fester zugezogen. „La Cité nouvelle“ berichtet:

„Im Gegensatz zu dem, was alle belgischen Zeitungen und Journalisten sagen, figuriert das Uran in der Statistik des Exports aus Belgisch-Kongo, die jeder im Kolonialmuseum... einsehen kann. Es figuriert dort ganz sicher nicht klar ausgesprochen... Auf die Gefahr hin, indiskret zu erscheinen, muß ich enthalten, daß das Kongogebiet 1943 8287 Tonnen Uranmineralien nach den USA exportiert hat. Im Jahre 1945 stieg diese Zahl auf 9967 Tonnen. Die Statistiken für 1946 sind noch unvollständig... Alles führt jedoch zu der Annahme, daß die Zahl für 1946 die von mir oben zitierten fühlbar überschreiten wird.“

Pierre de Vos teilt mit, er habe vor mehreren Monaten, als er sich in der „Kupferhauptstadt“ Katanga befand, Gelegenheit gehabt, die Betriebe der Union Minière du Haut-Katanga in Lubumbaschi (Elisabethville) und in Dschadotville-Panda zu besuchen. Dann bat er um die Erlaubnis, Schinkolobwe, ein Lehngut der Union Minière, besuchen zu dürfen, worauf ihm wie zum Hohn erklärt wurde, in Schinkolobwe werde seit 1937 kein Uranerz mehr gefördert, da seine Gewinnung sehr schwierig und kostspielig gewesen sei. Der Korrespondent hatte zufällig die 1942 in London herausgegebenen Materialien über die Kriegsbemühungen Belgisch-Kongos bei sich, die diese Erklärung widerlegen. Er vermochte zu beweisen, daß 1940 nach den USA 1088 Tonnen Uranerz im Werte von über 2 Millionen Dollar exportiert worden waren. Trotzdem erteilte die Union Minière ihm nicht die Erlaubnis, die Gruben zu besuchen.

Vor dem Krieg glaubte man, daß 60 Prozent der Weltgewinnung von Uran auf Schinkolobwe entfallen. Damals betrug die jährliche Gesamturanförderung des Kongogebiets Tausende von Tonnen. Im Jahre 1945 war sie gegen 1940 auf mehr als das Neunfache gestiegen. Vor 1940 gelangte das geförderte Uranerz in einen Betrieb der belgischen Stadt Oolen, wo einige Gramm Radium daraus gewonnen wurden. Das übrigbleibende Erz wurde als Abfall betrachtet und zu einer Halde aufgetürmt. Was ist jetzt aus diesen in Oolen aufgehäuften wertvollen Abfällen geworden?

Vor einem Jahr warf Professor Libois im belgischen Senat diese Frage auf, ohne eine Antwort zu erhalten.

„La Cité nouvelle“ erklärt, keinerlei Abkommen aus der Kriegszeit verpflichte Belgien, das Uran an die USA zu verkaufen. Die Fristen aller von Belgien mit den Alliierten geschlossenen Abkommen, darunter auch des Abkommens über

die Kriegsbemühungen Belgisch-Kongos, sind vor mehreren Monaten abgelaufen.

Indessen wird das Uranerz aus Belgisch-Kongo heute immer noch auf kürzestem Wege nach den Betrieben in den Staaten Tennessee und Washington expediert.

Die belgische Zeitung ruft die Belgier dazu auf, „Hüter“ des Uranerzes zu sein, das Belgisch-Kongo gehört.

Die Union Minière du Haut-Katanga hält sich jedoch für den einzigen Herrn des riesigen Landes mit allen seinen Naturschätzen und den belgischen Generalgouverneur für ihren Angestellten. Die Union Minière ist dem Internationalen Radium- und Urankonsortium, in welchem das amerikanische Finanzkapital die Herrschaft hat und bestrebt ist, die Uranerzvorkommen der ganzen Welt in seine Hand zu bringen, unmittelbar unterstellt.

Im vorigen Jahrhundert brachte der „gekrönte Spekulant“ Leopold II., König von Belgien, Belgisch-Kongo in seinen Besitz und machte die Kolonie mit ihrer Millionenbevölkerung zu seinem persönlichen Eigentum.

Gegenwärtig ist das Kongogebiet zum faktischen Eigentum der amerikanischen Monopole geworden, die die Atombombenbetriebe mit Rohstoff sorgen. Die Atombomben aber dienen als Mittel der außenpolitischen Erpressung und der Vorbereitung imperialistischer Aggressionen.

QUERTREIBEREIEN DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALEMOKRATEN

Am 21. Mai veranstaltete die Sozialistische Partei Österreichs unter der demagogischen Lösung „Man muß uns endlich leben lassen!“ eine Demonstration, der eine langwierige Vorbereitung und lärmende Reklame vorausgegangen war. In Wien und anderen Städten Österreichs wurden geschlossene Mitgliederversammlungen der Sozialistischen Partei abgehalten, in denen ihre Führer auftraten. Der Hauptredner auf der Kundgebung, mit der die Demonstration eröffnet wurde, war der Vizekanzler Schärf.

Die Kundgebung und die Demonstration waren gegen die Erfüllung des Potsdamer Abkommens über die deutschen Guthaben in Ostösterreich gerichtet. Schärf jonglierte wie ein erfahrener Seiltänzer mit Worten über die Unabhängigkeit Österreichs und erklärte, Österreichs Unabhängigkeit sei in Gefahr, wenn die deutschen Vermögenswerte nicht „in das unveräußerliche Eigentum des österreichischen Staates“ übergingen. Schärf rief pathetisch aus:

„Wir wünschen nicht, daß das sogenannte deutsche Vermögen in Österreich zu wirtschaftlichen Stützpunkten ausländischer Mächte werde.“

Um die ganze Böswilligkeit dieser Erklärung beurteilen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß die österreichische Regierung, darunter auch die sozialistischen Minister unter Führung von Schärf, das Eindringen des amerikanischen und englischen Kapitals in die Wirtschaft Österreichs nicht nur nicht hindern, sondern direkt fördern. Die sozialistischen Führer protestierten und protestieren nicht dagegen, daß österreichisches Vermögen unter der Flagge des Schadenersatzes für Verluste, die die Rothschilds und andere zu amerikanischen oder englischen Untertanen gewordene österreichische Kapitalisten erlitten haben, in das Eigentum ausländischer Monopole übergeht. Die Minister der Regierung Figl-Schärf verhandeln jetzt mit Vertretern der englisch-amerikanischen Erdölgesellschaften. Diese Gesellschaften, die einen bedeutenden Teil der österreichischen Erdölquellen und Erdölbetriebe besaßen, verkauften ihre Konzessionen seinerzeit an die Deutschen, und jetzt versuchen sie, sich wiederum des österreichischen Erdöls zu bemächtigen. Auch die Forderungen der Westmächte, die Kontrolle des Auslandskapitals über die Finanzen und den Staatshaushalt Österreichs wiederherzustellen, haben die sozialistischen Führer nicht zu Protesten veranlaßt.

Die englischen und amerikanischen Monopole bringen die Schlüsselindustrien Österreichs in ihre Hände und sind bestrebt, die Herrschaft der reaktionären Kräfte zu verankern und das Land in einen Tummelplatz außenpolitischer Intrigen gegen die Nachbarvölker zu verwandeln. Gerade hier aber lauern doch die Gefahren, die der ökonomischen Unabhängigkeit Österreichs drohen, dagegen durchaus nicht in den gerechtferrtigten Ansprüchen der Sowjetunion auf das deutsche Eigentum in Ostösterreich.

Die von der Führung der Sozialistischen Partei organisierte Demonstration wurde auf den 21. Mai angesetzt, weil zu dieser Zeit in Wien die Viermächtekommision tagte, die der Außenministerrat eingesetzt hat, um die noch ungelösten Fragen des österreichischen Vertrages einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung entgegenzuführen. Die Demonstration bezweckte einzig und allein, eine erfolgreiche Lösung dieser Fragen zu hindern. Derartige Versuche haben mehr als zweifelhafte Erfolgschancen. Sie enthüllen nur die Position der Führer der Sozialistischen Partei, die sich freiwillig vor den Wagen der ausländischen Imperialisten spannen und ihnen helfen, Österreich in eine Kolonie von ihnen zu verwandeln.

DER ERSTE KONGRESS DER GEWERKSCHAFTEN INDONESIENS

Vom 16. bis zum 20. Mai fand in Malang (Ostjava) der erste Kongreß der Gewerkschaften Indonesiens statt. Der Kongreß war von mehr als hundert Gewerkschaftsdelegationen besucht, die über 3 Millionen indonesische Arbeiter vertreten. Außerdem war eine Delegation der holländischen Einheitsvakcentrale anwesend. Auch aus anderen Ländern waren Gäste eingetroffen.

Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung Indonesiens konnte ein freier Gewerkschaftskongreß stattfinden. Die holländischen Imperialisten, die viele Jahrzehnte in Indonesien schalteten und walteten, unterdrückten die Tätigkeit der demokratischen Parteien und Gewerkschaften. Die Kolonialgewalten pflegten mit den Arbeiterorganisationen, die demokratische Freiheiten verlangten, grausam abzurechnen.

Jetzt, wo auf einem bedeutenden Teil Indonesiens die Macht einer Volksregierung gehört, sind dort Voraussetzungen geschaffen worden, die der Gewerkschaftsbewegung freie Entwicklung ermöglichen.

Sukarno, der Präsident der Indonesischen Republik, hob in einer auf dem Kongreß gehaltenen Rede hervor, welche wichtige Rolle den Gewerkschaften beim Ausbau der Republik zufällt. Sukarno erklärte, die Erkämpfung der Unabhängigkeit Indonesiens hänge ganz und gar ab von den im Lande durchgeföhrten Umbildungen, an denen die Arbeiterorganisationen in hervorragender Weise beteiligt seien. Es sei deshalb wichtig, daß die Ziele der indonesischen Arbeiterbewegung den Zielen der Rekonstruktion des Landes restlos entsprechen.

Der Kongreß beschloß, eine Adresse an die Weltförderung der Gewerkschaften, die holländischen Gewerkschaften und die australischen Arbeiter zu richten.

Die Weltförderung der Gewerkschaften wird aufgefordert, den Kampf der Völker Indonesiens gegen die holländischen Imperialisten zu unterstützen. Ferner ersucht der Kongreß die holländischen Gewerkschaften, die Absendung neuer Kontingente holländischer Truppen nach Indonesien zu verhindern, und die australischen Arbeiter, den Boykott der Schiffe, die diese Truppen mit Waffen und Munition beliefern, fortzusetzen.

Die holländischen Imperialisten bieten, unterstützen von ihren englischen Kumpaten, alle Kräfte auf, um ihre Kolonialherrschaft über Indonesien aufrechtzuerhalten. Sie suchen die Republik von innen her zu untergraben, indem

sie auf einzelnen Sundainseln Marionetienregierungen schaffen.

Unter diesen Umständen kommt der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gewaltige Bedeutung zu. Der erste Gewerkschaftskongreß ist eine denkwürdige Etappe auf dem Wege zur Konsolidierung der Kräfte der Arbeiterklasse im Kampf für die nationale Unabhängigkeit, zur Zementierung der ökonomischen und politischen Grundlagen der jungen Indonesischen Republik.

SIE SIND DA

Vor kurzem erhielt die amerikanische Besatzungszone Deutschlands einen besonderen Besuch aus den Vereinigten Staaten. Zu den Besuchern gehörten 14 namhafte Vertreter der größten amerikanischen Monopole und Banken. Die amerikanischen Wirtschaftsmänner besuchten Berlin, das Ruhrgebiet, Stuttgart, die Münchener Exportausstellung und eine Anzahl von Betrieben in Bayern. Sie wurden von General Clay, dem amerikanischen Oberbefehlshaber, von General Robertson, dem stellvertretenden britischen Oberbefehlshaber, und anderen Vertretern der Besatzungsbehörden empfangen. Wie Mr. Sinclair Weeks, der Führer der Delegation, erklärte, bestand der Zweck der Reise darin, den amerikanischen Behörden Maßnahmen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu empfehlen.

Was haben nun also die amerikanischen Gäste in Deutschland gesehen und was haben sie, die doch mit allen geschäftlichen Wassern gewaschen sind, den Okkupationsbehörden geraten?

Was sie sahen, war vor allem die „Gefahr des Kommunismus“, und was sie der amerikanischen Administration in Deutschland gaben, war der Rat,

„das Dekartellisierungsprogramm, das den Deutschen ungewohnt ist und den Wiederaufbau behindert, aufzuschieben oder umzuarbeiten“.

Die amerikanischen Industriellen sind jedem bestimmten Hinweis aus dem Wege gegangen, welche Maßnahmen ihrer Meinung nach den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu fördern geeignet wären. Dafür widmeten sie der nicht ökonomischen Frage der versetzten Per-

sonen eine nicht geringe Aufmerksamkeit. Die amerikanischen Geschäftsmacher besuchten mehrere Lager und versprachen, einen Gesetzentwurf über die alljährliche Zulassung von 100 000 versetzten Personen nach den USA zu unterstützen.

Bemerkt werden muß, daß sowohl die Schlusfolgerungen als auch die Vorschläge der vornehmen Besucher nicht neu sind. Das, wovon sie sprachen, ist eben die Politik der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, die es weder mit der Dekartellisierung noch mit der Repatriierung der versetzten Personen eilig haben. Deshalb meinten die hohen Reisenden leutselig, die amerikanischen Besatzungsbehörden täten „das Maximum dessen, was unter deutschen Verhältnissen möglich ist“.

Diese Erklärung gewinnt, ebenso wie die ganze Reise der Geschäftsleute, einen besonderen Sinn, wenn man berücksichtigt, daß die Angelegenheiten der Okkupationsadministration von Vertrauensmännern der amerikanischen Monopole wahrgenommen werden. So ist General Clays ökonomischer Ratgeber General Draper ein Vertreter der amerikanischen Bank Dillon, Read & Co. Die Stahlgißereien in der amerikanischen Zone werden von dem früheren Präsidenten des Hüttenkonzerns Republic Steel Corporation, R. Wysor, kontrolliert. Der frühere Direktor der Stahlbetriebe des Konzerns Anaconda Company, Philip Geathke, leitet den Bergbau der amerikanischen Zone. Der Direktor einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Company, Philip P. Clover, ist jetzt Abteilungsleiter für Erdölgewinnung in der Wirtschaftsverwaltung der amerikanischen Zone. Ein Vertreter der Firma General Motors, Peter Hoglund, ist stellvertretender Kontrolleur für industrielle Produktion.

Die Vertreter der Wall Street sind also nach Deutschland gekommen, um die Arbeit ihrer Vertrauensleute zu kontrollieren. Da die Kontrolle zu ihrer Zufriedenheit ausgeübt ist, haben sie die Instruktion hinterlassen, in der gleichen Richtung weiterzumachen. Diese Richtung aber ist der in den Potsdamer Beschlüssen über die Demokratisierung und Denazifizierung Deutschlands gewiesenen Richtung gerade entgegengesetzt.

Was wir in Japan und Korea gesehen haben

M. TARASSOW

Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion

IM März und April d. J. besuchte eine Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften Japan und Korea. Mitglieder der Kommission waren Louis Saillant (Kommissionsvorsitzender), Ernest Bell (England), Willard Townsend (USA) und ich als Vertreter der Sowjetgewerkschaften.

In den anderthalb Jahren seit Gründung der Weltföderation der Gewerkschaften haben sich ihre Vertreter und Kommissionen in vielen Ländern aufgehalten, darunter auch in allen drei Staaten der früheren faschistischen „Achse“ — Italien, Deutschland und Japan. In allen Ländern ohne Ausnahme fanden die Vertreter der Weltföderation der Gewerkschaften bei den demokratischen Kräften, der Arbeiterklasse und allen übrigen Werktäglichen, den wärmsten Empfang, gleichzeitig aber stießen sie auf eine feindselige Haltung der reaktionären Kräfte.

Japan, das wir im März und April d. J. besuchten, bildete in dieser Beziehung keine Ausnahme.

Aus uns unbekannten Ursachen setzten der Stab General MacArthurs und das Kriegsdepartement der USA, dem MacArthur unterstellt ist, der Absicht der Vertreter der Weltföderation der Gewerkschaften, Japan und Korea einen Besuch abzustatten, ein schlecht verhülltes Übelwollen entgegen. Die Erlaubnis zur Einreise nach Japan wurde uns erst erteilt, nachdem Saillant sich in Washington die größte Mühe gegeben hatte. Dann aber wurde sie, Ende Februar erteilt, in den ersten Märztagen wieder annulliert, offenbar dank den Bemühungen der Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL), die überhaupt eine merkliche Rolle in der Japanpolitik der USA spielt. Nach neuen Bemühungen und neuen Verhandlungen gelang es der Kommission erst in der letzten Märzdekade, nach Japan hineingelassen zu werden.

Uns stand eine sehr kurze Frist — nur etwa zwei Wochen — für unseren Aufenthalt in Japan und Südkorea zur Verfügung.

Viel Zeit mußte aufgewandt werden, um für die Kommission ein Programm ihrer Tätigkeit in Japan auszuarbeiten. Das Bestreben der USA-Behörden, unsere Aufmerksamkeit durch die Besichtigung aller möglichen Altertümer und Sehenswürdigkeiten abzulenken, mußten wir

natürlich zurückweisen. Wir seien keine Touristen, erklärten wir, uns stehe die ernste Aufgabe bevor, uns mit der Lage der Arbeiterklasse und dem Zustand der Gewerkschaftsbewegung in Japan bekannt zu machen, und könnten deshalb die für unsere Arbeit angesetzte äußerst beschränkte Zeit nicht vergeuden. So vermochten wir unseren Willen durchzusetzen.

In Tokyo besuchten wir einen Elektrobetrieb und eine Eisenbahnwerkstatt, in Kyoto kunstgewerbliche Seidenwebereien, eine Strumpffabrik und ein Hüttenwerk, in Osaka einen Aluminiumbetrieb. Wir besuchten ferner den Chemiebetrieb in Fukuoka, die Kohlenbergwerke in Omata und besichtigten Gemeinschaftswohnhäuser der Arbeiter sowie eine Schule in Tokyo.

Der Haupteindruck, den wir beim Besuch der Betriebe gewannen, besteht darin, daß die menschliche Arbeitskraft in Japan sehr gering geschätzt wird. Sie wird nicht nur außerordentlich niedrig bezahlt, es gibt außerdem auch keinerlei Arbeitsschutz, keine Sorge um den werktätigen Menschen.

Auffällig ist die weitgehende Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in der Produktion. In der Strumpffabrik in Kyoto und in dem Elektrowerk in Tokyo sahen wir viele Mädchen im Alter von etwa 11 bis 20 Jahren, wobei manche der älteren schon an die 10 Jahre arbeiten. Sie beginnen mit der Fabrikarbeit also schon im Kindesalter. Kennzeichnenderweise wird die Arbeit der Mädchen auch gegenüber sonstiger Kinderarbeit niedriger bezahlt. In dem Elektrowerk beobachtete ich, wie ein Mädchen von 22 Jahren und ein elfjähriger Knabe, der allerdings behauptete, 16 zu sein, nebeneinander an zwei Werkbänken die gleiche Arbeit verrichteten. Der Lohnsatz des Knaben war um 50 Prozent höher als der Lohnsatz seiner erwachsenen Nachbarin.

Die Arbeiter des von uns besuchten Elektrowerks spielen eine hervorragende Rolle in der japanischen Arbeiterbewegung. Sie sind gut organisiert und sehr aktiv. Als wir den Betrieb verließen, organisierte der Betriebsrat auf dem Hof eine Demonstration zu Ehren der Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften. Wir wurden mit „Bansai“-(Hurra-)Rufen begrüßt und begleitet.

Die japanische Arbeiterklasse will nicht mehr auf die alte Weise leben. Die Niederlage des japanischen Militarismus hat in ihr Hoffnungen erweckt, sich von dem halbfeudalen Regime und der Rechtlosigkeit befreien zu können. Jetzt beobachten die japanischen Arbeiter mit großer Unruhe, wie die reaktionären Kräfte, die ihre Kommandostellungen im Lande behalten haben, den Versuch machen, die von der Potsdamer Deklaration verlangte demokratische Umgestaltung des Landes zu ignorieren. Die Arbeiter Japans kämpfen für die Realisierung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Das ist der Hauptsinn und der Inhalt der Gewerkschaftsbewegung, die sich seit der Kapitulation des japanischen Imperialismus rasch entwickelt.

Gegenwärtig zählen die japanischen Gewerkschaften etwa 4,5 Millionen Mitglieder, während sie vor dem Kriege und vor dem Verbot der Gewerkschaften im Jahre 1940 nicht mehr als 400 000—450 000 Mitglieder hatten. Aber die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in Japan ist noch nicht überwunden. Die progressiv-demokratische Strömung in der Gewerkschaftsbewegung wird vom Japanischen Kongreß der Industrieverbände (Kumiai Kogyokai) vertreten, der mehr als 1,6 Millionen Mitglieder zählt, die konservativ-reformistische von der Japanischen Arbeitsföderation (Nippon Rodo Sodomei), die etwa 1 Million Mitglieder zählt. Es gibt im Lande auch noch andere Gewerkschaftsverbände.

Versuche, eine einheitliche Gewerkschaftszentrale im Lande zu schaffen, wurden schon wiederholt unternommen, auch sind auf dem Wege zur Einheit einige Fortschritte zu verzeichnen. Kurz vor unserem Eintreffen entstand das Japanische Landeskomitee der Gewerkschaften, eine Organisation, die zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsbünden des Landes die Verbindung aufrechterhält. Es muß ferner bemerkt werden, daß auch das Vereinigte Gewerkschaftskomitee, das ins Leben gerufen wurde, um die von der Weltföderation der Gewerkschaften entsandte Kommission zu begrüßen, bis zu einem gewissen Grade einen Faktor der Einheit darstellt.

Das Zusammentreffen fand am Tage nach unserer Ankunft in Tokyo statt. Auf der von dem Empfangskomitee einberufenen Sitzung waren die verschiedenen, dem Komitee angehörenden Organisationen vertreten.

Alle Redner, die auf dieser Sitzung das Wort ergriffen, begrüßten einmütig das Eintreffen unserer Kommission. Wir konnten uns sofort davon überzeugen — und alle unsere späteren Eindrücke bestätigten das —, daß die japanische Arbeiterklasse danach strebt, ihre Reihen zu schließen und sich mit den Arbeitern der

anderen Länder zu vereinigen. Sie will teilhaben an der Realisierung der Weiteinheit der Arbeiterklasse, deren Verkörperung die Weltföderation der Gewerkschaften ist. Standig wurden wir gefragt, ob es möglich ist, daß die japanischen Gewerkschaften sich der Weltföderation anschließen.

Soweit wir uns überzeugen konnten, sind manche Vertreter der Führung der Japanischen Arbeitsföderation Gegner der Gewerkschaftseinheit. Sie befürchten offenbar, daß sie in vereinigten Gewerkschaften keinen Einfluß genießen werden. Auf ihre Stellungnahme wirkt sich der Einfluß der Führer der AFL aus, die in Japan sehr rege sind.

Anderseits aber hielt Komakichi Matsuoka, der Vorsitzende der Japanischen Arbeitsföderation, es für notwendig, die Kommission der Weltföderation in der Presse zu begrüßen. Das zeugt für das Ansehen der internationalen Arbeiterorganisation, die wir in Japan vertraten. Hier von konnten wir uns auch in unseren Unterhaltungen mit den Arbeitern und den Leitern der unteren Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben überzeugen, ebenso auf der vom Begrüßungskomitee einberufenen Sitzung und ferner auf dem grandiosen Meeting, das am Vorabend unserer Abreise zu Ehren der Weltföderation der Gewerkschaften veranstaltet wurde.

Es wäre verfrüht, davon sprechen zu wollen, die Gewerkschaftseinheit in Japan sei bereits herbeigeführt. Noch stehen viele Hindernisse bevor. Hier wirken die Traditionen, ferner der mangelnde Wille der Führung der Japanischen Arbeitsföderation, außerdem der Einfluß der Agenten der AFL, schließlich die Militäradministration der USA. Der Kampf für die Einheit in Japan ist im Gange, aber der Sieg wird nicht leicht sein und noch etwas auf sich warten lassen.

* * *

Unsere Kommission besuchte, wie gesagt, nicht nur Japan, sondern auch Korea — Südkorea und Nordkorea. Aus Koreas großer strategischer Bedeutung erklärt es sich, daß das Land zu Beginn unseres Jahrhunderts als erstes dem japanischen Imperialismus, der bestrebt war, über die Halbinsel Korea in die Mandschurei, das übrige China und andere Länder einzubrechen, zum Opfer fiel. Mein erster Eindruck von der Reise nach Südkorea bestand darin, daß der Stab MacArthurs und die hinter ihm stehenden amerikanischen Monopole Korea ebenfalls vor allem vom strategischen Gesichtspunkt aus betrachten.

Wenn die amerikanischen Besetzungsbehörden die Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften nur ungern nach Japan ließen, so legten sie noch weniger Enthusiasmus an den Tag, als sie erfuhren, daß wir die Absicht hatten, auch Südkorea zu besuchen. Die Hindernisse, die unserer Tätigkeit in Japan in den Weg gelegt wurden, waren noch von einer gewissen diplomatischen Höflichkeit umrahmt. In Korea aber hielt die amerikanische Administration alle wie immer gearteten diplomatischen Konventionalitäten für überflüssig.

Meine äußeren Eindrücke von Korea sind sehr beschränkt geblieben. Ich erinnere mich der zwerghaften, kleinen Scheunen ähnelnden Hütten in den koreanischen Dörfern, die wir auf der Reise nach Söul zu sehen bekamen; weißgekleideter Bauern; zahlreicher Bäuerinnen, die vom Markt kamen und mit erstaunlichem Geschick große Säcke und Bündel auf dem Kopf trugen.

Die amerikanischen Behörden in Söul taten alles, um eine Fühlungnahme der Kommission mit der Bevölkerung, besonders den Arbeitern und koreanischen Gewerkschaftern, zu verhindern. Sie versuchten ganz ungeniert, die Tätigkeit der Kommission auf die Teilnahme an offiziellen Empfängen und Frühstücken zu beschränken und unser Wirken, das dem Studium der koreanischen Arbeiterbewegung galt, darauf zu reduzieren, von Mr. Holloway, dem Chef der Arbeitsabteilung bei der amerikanischen Militäradministration, offizielle Informationen entgegenzunehmen.

Mr. Holloway versuchte u. a. den Leitern des Landeskongresses der koreanischen Gewerkschaften zu verheimlichen, an welchem Tage die Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften in Söul eintreffen werde. Wie sich später herausstellte, besuchten sie tagtäglich sein „Office“ und zogen tagtäglich unverrichteter Dinge wieder ab. Holloway und seine Beamten behaupteten, ihnen sei von dem Eintreffen der Kommission nichts bekannt. Die Vertreter der koreanischen Gewerkschaften erfuhren von unserer Ankunft erst zwei Stunden vor der Landung unseres Flugzeugs auf einem Flugplatz in der Nähe von Söul. Der Flugplatz liegt etwa 40 Kilometer von der Stadt entfernt. Die zu unserer Begrüßung delegierten Gewerkschafter brachten es dennoch fertig, rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein. Hier aber vermochten sie trotz aller Mühe nicht zu erfahren, wo das Flugzeug landen werde. Die amerikanischen Militärs und Beamten versicherten, sie wüßten nichts von dem Eintreffen einer Kommission, und die Weltföderation der Gewerkschaften sei ihnen überhaupt unbekannt. Nichtsdestoweniger blieb

die zu unserer Begrüßung erschienene Delegation der koreanischen Gewerkschafter da und wartete.

Wie uns später ein koreanischer Gewerkschafter erzählte, versuchten die Delegierten, als sie ein sich zum Landen anschickendes Flugzeug bemerkten, zu der Landefläche hinzulaufen, ohne auf die den Weg absperrenden Polizisten zu achten. Aber die Vertreter der amerikanischen Administration setzten die Mitglieder der Kommission schleunigst in Automobile, die alsbald davonrasten.

Wir wußten natürlich von alledem nichts und waren erstaunt, daß die Kommission nicht von Gewerkschaftsvertretern empfangen wurde.

Die groben, wenn auch naiven Versuche, uns die wahre Lage der Arbeiterklasse zu verheimlichen, konnten natürlich in letzter Instanz keinen Erfolg haben. Obgleich nicht ohne Mühe, erreichten wir dennoch, daß wir mit Vertretern der koreanischen Arbeiter zusammenkamen.

Die Mitglieder des Zentralkomitees des Landeskongresses der koreanischen Gewerkschaften erzählten uns von der Lage der Arbeiterklasse in Südkorea. Uns wurden genügend dokumentarische Beweise und Zeugenaussagen zugänglich gemacht, aus denen wir uns überzeugen konnten, welche Not und welches Elend dort herrschen. Auch unsere persönlichen Beobachtungen bestätigten vollinhaltlich alles, was die koreanischen Gewerkschafter uns erzählt hatten. Der Gesamteindruck von den in Südkorea herrschenden Zuständen war sehr schlecht.

Die gesamte Industrie Südkoreas steht unter der Kontrolle der USA-Behörden, die sich des Landes, seinerzeit von den Japanern geschaffenen Verwaltungsapparats bedienen. Die Arbeiter und ihre Organisationen sind nach wie vor rechtslos. Die Unternehmer wollen von irgendwelchen Arbeiterforderungen nicht einmal hören. Sie jagen die Gewerkschaftsvertreter einfach hinaus. Die in letzter Zeit durchgeföhrten Streiks hatten Massenrepressalien zur Folge — Streikende wurden mißhandelt, Gewerkschaftsführer arretiert. Viele Gewerkschafter wurden verhaftet, weil sie in ihrer Wohnung Gewerkschaftsversammlungen veranstaltet hatten. „Wo sollen wir sie denn durchführen, wenn die Gewerkschaften keine Räumlichkeiten für ihre Arbeit erhalten?“ fragten uns die Vertreter des Landeskongresses der koreanischen Gewerkschaften.

Von den 25 Mitgliedern des Zentralkomitees des Kongresses konnten nur acht an der Zusammenkunft mit der Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften teilnehmen. Die übrigen saßen entweder im Gefängnis oder befanden sich in der Illegalität. Überhaupt trifft man dort keinen Gewerkschafter, der nicht lange Jahre im

Gefängnis geschmachtet hätte. Die sieben Gewerkschafter, mit denen wir uns einmal unterhielten, hatten insgesamt 52 Jahre im Gefängnis gesessen.

Unter diesen Umständen war es erfreulich, die Aktivität der Gewerkschaftsbewegung zu beobachten.

Mun Il, der Generalsekretär des Landeskongresses der koreanischen Gewerkschaften, teilten uns mit, der Kongreß zähle heute etwa 266 000 Arbeiter, hauptsächlich Eisenbahner, Seeleute, Kumpels, Hüttenarbeiter und Elektriker. Obgleich die Gewerkschaftsführer, wie wir durch eigene Beobachtungen bestätigen konnten, in einer halb-legalen Lage zu leben gezwungen sind, entwickelt sich die Tätigkeit der Gewerkschaften. Sie versuchen, mit den Gewerkschaften Nordkoreas in Fühlung zu treten. Sie erzählten uns, daß sie sich schon seit November 1945 bemüht hatten, mit der Weltföderation der Gewerkschaften Verbindung aufzunehmen, und daß sie jetzt ihre Vertreter nach Prag entsenden möchten, damit sie an der bevorstehenden Tagung des Generalrats der Weltföderation teilnehmen. Sie machten den Vorschlag, im Fernen Osten ein Büro der Weltföderation der Gewerkschaften einzurichten, das eine ständige Verbindung mit den Gewerkschaftsbünden Koreas und anderer fernöstlicher Länder aufrechterhalten könnte.

Aus den Berichten unserer Gesprächspartner ging hervor, daß es in Südkorea eine Pseudogewerkschaftsorganisation gibt, die sich koreanische Arbeitsföderation nennt. Die Vertreter der koreanischen Gewerkschaftsbewegung charakterisierten diese Organisation als ein Sammelsurium von Streikbrechern, die eingesetzt werden, um die Arbeiterbewegung zu spalten. Unsere Gesprächspartner haben eine zu schwere Schule des Kampfes für die Rechte der Arbeiterorganisationen durchgemacht, als daß man sie der Übertreibung verdächtigen könnte.

Wir wollten eine große Textilfabrik besuchen, die nicht weit von der Stadt liegt. Ich will hier nicht alle die Winkelzüge beschreiben, mit deren Hilfe die amerikanischen Behörden in Person Holloways anfänglich versuchten, aus irgendwelchen Gründen den Besuch überhaupt zu verhindern, und dann, diesem Besuch jeden Sinn zu nehmen. Zu guter Letzt gelangten wir dennoch in die Fabrik. Am Fabriktor hing ein großes Plakat, das die Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften begrüßte. Auf dem Fabrikhof jedoch wurden wir von niemand empfangen. Wir betraten die Gemeinschaftsbaracken der Arbeiter, aber in die Werkabteilungen ließ man uns nicht hinein. Der Direktor der Fabrik erklärte auf unsere Anfrage, er habe von der amerikanischen

Militäradministration nicht die entsprechenden Instruktionen erhalten. Wir waren gezwungen, zu den Automobilen, die uns auf dem Hof erwarteten, zurückzukehren, und wurden hier Zeugen einer widerwärtigen Szene.

Irgendwelche Subjekte, die uns auf den Fersen gesessen hatten, als wir die Wohnbaracken besichtigten, stürzten sich auf eine auf dem Hof erschienene Arbeitergruppe, die sie bestialisch mißhandelten. Als die Arbeiter erfahren hatten, daß sich Vertreter der Weltföderation der Gewerkschaften in der Fabrik befinden, beschlossen sie, mit uns zusammenzutreffen, und brachten gedruckte Begrüßungsschreiben mit. Wir versuchten vergeblich, uns einzumischen und der Verprügelung der Arbeiter ein Ende zu machen. Vor unseren Augen wurden die Mißhandelten weggeschleppt, und später erfuhren wir, daß sie verhaftet worden sind. Auch wir wurden von Leuten umringt, die mit Gewehren bewaffnet waren. Einige von ihnen klapperten mit den Gewehrschlössern. Unter ihrem wilden Geheul verließen wir die Fabrik.

Wir versuchten, bei General Lerch, dem Stellvertreter des abwesenden Befehlshabers der USA-Truppen in Südkorea, General Hodges, Protest einzulegen. Aber die Untergebenen des Generals verfuhren offenbar nach einem vorher ausgearbeiteten Plan. Wir fanden auf unserem Wege ein Hindernis nach dem anderen. Zunächst gab man uns, als wir nach der Residenz des Generals Lerch fragten, eine falsche Adresse. Als wir ihn schließlich gefunden hatten, da erklärte der General, er habe keine Zeit, die Ungehörigkeiten in der Fabrik gingen ihn nichts an, da er in Südkorea „nur Ratgeber“ sei. Schließlich stellte er uns anheim, einen schriftlichen Protest einzureichen. Dieser Protest blieb resultatlos. Er kam nicht über die Kanzlei General Browns, eines anderen Stellvertreters von Hodges, hinaus. Dieser General gab uns den Rat, „uns nicht aufzuregen“. Er versicherte uns, die Vorfälle in der Fabrik seien nichts Ungewöhnliches, und die Koreaner hätten eine besondere Auffassung von Demokratie.

Es entstand jedoch der Eindruck, daß die „besondere“ Auffassung von Demokratie bei den Vertretern der amerikanischen Militäradministration in Südkorea zu suchen ist.

In Nordkorea fanden wir eine andere Aufnahme. Die Situation war eine ganz andere. Auf jedem Bahnhof wurden die Vertreter der Weltföderation von Delegierten der Arbeiterorganisationen warm begrüßt. Hier atmen die Menschen frei. Außer der Bodenreform sind auch andere wichtige demokratische Reformen durchgeführt worden. Die Betriebe der Japaner und

ihrer Agenten sind nationalisiert. Man hat Arbeitsgesetze geschaffen, die den Achtstundentag, ein System der Sozialversicherung und gleiche Bezahlung für Männer- und Frauenarbeit garantieren. Die nordkoreanischen Gewerkschaften zählen mehr als 390 000 Mitglieder. Sie wachsen rasch und beteiligen sich aktiv am Wiederaufbau der von den Japanern zerstörten Wirtschaft Nordkoreas...

Die Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften hat ihren offiziellen Reisebericht noch nicht abgefaßt. Daher sehe ich als Mitglied der Kommission natürlich vorläufig von Schlußfolgerungen ab. Meine persönlichen Eindrücke aber kann ich wie folgt resümieren. Für eine erfolgreiche Entwicklung der Demokratie in Japan und Korea sind alle Voraussetzungen gegeben.

Davon konnten wir uns am Beispiel Nordkoreas überzeugen, wo ein großer Fortschritt in dieser Hinsicht und ein stürmisches Wachstum der demokratischen Kräfte festzustellen sind.

Die amerikanische Militärdadministration in Japan, und noch mehr in Südkorea, schafft, wie wir feststellen konnten, eine Situation, die die Tätigkeit der Gewerkschaften hemmt. Trotzdem ist sowohl in Japan als auch in Korea ein großer Aufschwung der Arbeiterbewegung zu beobachten. Es ist die Aufgabe der Weltföderation der Gewerkschaften, den Gewerkschaftsorganisationen Japans und Koreas Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Konsolidierung und Entwicklung der Gewerkschaftstätigkeit schafft wichtige Voraussetzungen für die Demokratisierung dieser Länder.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Versetzte Personen im britischen Nebel

Der amerikanische Schriftsteller O. Henry gibt in einer seiner Kurzgeschichten folgendes „Rezept“, wie man unangenehmes Regenwetter zusammenbraut:

„Man mische 30 Teile Londoner Nebel, 10 Teile Malaria, 20 Teile ausgestromtes Leuchtgas, 25 Teile in einer Ziegelei bei Sonnenaufgang gesammelte Tautropfen, 15 Teile Geißblattduft.

Diese Mischung gibt einen annähernden Begriff von einem Nashviller Landregen.“

Uns scheint, mit einigen Abwandlungen würde dieses Apothekerrezept auch auf die Rundfunksendungen passen, die mit einem lästigen, trübselig herabprühenden Landregen vieles gemein haben. Also:

„Man mische x Teile Londoner Nebel, y Teile Heuchelei, eine minimale Dosis leichte Phantasie, möglichst viel Verleumdung und das gleiche Quantum Unwissenheit.

Die Mischung gibt einen annähernden Begriff von dem Wetter, das die Britische Rundfunkgesellschaft, kurz BBC genannt, in ihren Sendungen „Fenster nach Europa hinaus“ (Window on Europe) zu machen sucht.“

Eine dieser Sendungen hatte kürzlich die versetzten Personen zum Thema, eine Frage, die ja durchaus aktuell und wichtig ist. Die Vortragende war eine gewisse Miss Marjorie Banks, die meh-

rere Lager für versetzte Personen in der britischen Besatzungszone Deutschlands mit ihrem Besuch beeindruckt hat. Ihre Eindrücke von dieser „Anstandsvisite“ teilte nun Miss Banks den Hörern der englischen Rundfunksendungen mit. Als Illustration zu ihrem Vortrag dienten Äußerungen mehrerer Lagerinsassen, die auf Filmstreifen aufgenommen worden waren.

Also Achtung! Wir hören, was Marjorie Banks und die folgsamen, speziell herangezogenen versetzten Personen zu sagen haben. Immerhin ist doch interessant, was Miss Banks in den Lagern gesehen und gehört hat.

Der Funkregen beginnt durch das „Fenster nach Europa hinaus“ zu tropeln. Und nun zeigt sich, daß viel interessanter und wichtiger ist, was die verehrte Rundfunkmiß nicht gesehen und nicht gehört hat.

Miss Banks hat nicht gesehen:

1. daß in den Lagern für versetzte Personen Faschisten, ehemalige Gestapoleute, SS-Leute und ähnliche „Flüchtlinge“ ihr Unwesen treiben;

2. daß die faschistischen Elemente unter den versetzten Personen, die heimzukehren wünschen, offen ihre menschenfeindliche Propaganda betreiben;

3. daß die Besatzungsbehörden der britischen Zone die faschistischen Elemente nicht hindern

(manchmal aber sogar unterstützen), wenn sie die versetzten Personen, die sich um Abfertigung nach der Heimat bemühen, einschüchtern.

Miss Banks hat nicht gehört:

1. daß viele versetzte Personen gegen das Schalten und Walten von Banditen und faschistischen Elementen in den Lagern protestieren;

2. daß viele versetzte Personen die Abfertigung nach der Heimat — nach der Ukraine, nach Bjelorußland, in die baltischen Sowjetrepubliken, nach Polen, Jugoslawien usw. — fordern;

3. daß nicht selten Flüchtlinge und Kriegsgefangene ermordet werden, die ihren Wunsch, diesen schrecklichen Lagern zu entrinnen, allzu kühn äußern.

Was hat Miss Banks nun aber doch gesehen und gehört? Sie behauptet, in den Lagern für versetzte Personen Ukrainer gesehen zu haben, die ihr erklärt, sie wollten nicht länger Ukrainer bleiben, sondern Engländer werden.

Sie will Letten gesehen haben, die es überdrüssig sind, Letten zu sein, und bitten, sie Engländer werden zu lassen.

Sie will Polen gesehen haben, die ihr frisch von der Leber weg bekannten, sie hätten das polnische Volk längst schon satt und möchten die englische Staatsbürgerschaft annehmen.

Sie will Jugoslawen gesehen haben, die ihr schwuren, sie seien keine Jugoslawen mehr, sondern Briten.

Sie will Bürger der Balkanstaaten gesehen haben, die sich sehr ablehnend zum Balkan verhalten. Eine Frau soll erklärt haben, sie wolle wenn nicht nach England, so doch wenigstens „in irgendein Dominion fahren“...

Wie Marjorie Banks angibt, befinden sich in den Lagern der britischen Zone 250 000 versetzte Personen. Aus ihren Worten gewinnt man den Eindruck, alle diese 250 000 Menschen litten unsäglich darunter, daß sie noch immer nicht Landsleute dieser sympathischen englischen Korrespondentin sind.

Programmäßig sprechen am Sender: ein Ukrainer, ferner ein Ingenieur mit Frau aus den baltischen Staaten. Alle sprechen das Englisch mit sehr deutlich hörbarem Daily Mail-Akzent.

Es läßt sich nur schwer auseinanderhalten, wer gerade spricht, ein Ukrainer oder ein Balte. Alle sagen dasselbe und in den gleichen Ausdrücken, wie in einem schlechten Drama alle handelnden Personen dieselbe Sprache sprechen. Ein armseliges Dutzend Wörter muß für alle Charaktere erhalten.

Der Ukrainer erklärt, er möchte nach England fahren und sei nicht der Verräter, als den ihn „unsere Feinde“instellen.

Der Ingenieur aus dem Baltikum prahlt, unter den Deutschen sei es ihm nicht schlecht gegangen, er sei ebenfalls kein Verräter, und selbstverständlich denke er nicht daran heimzukehren, er wolle nach England.

Dasselbe sagen mit fast den gleichen Worten eine Estin, eine Lettin usw. Alle wollen nach England.

Miss Banks weiß von keinem einzigen Fall zu berichten, wo ein Ukrainer gesagt hätte, er möchte Ukrainer bleiben, oder wo ein Jugoslawen gesagt hätte, er träume von Heimkehr. Solche Tatsachen verschweigt Miss Banks, da sie bei der BBC nicht gefragt sind.

Hört man diese Sendung, so beginnt man unwillkürlich zu zweifeln, ob Miss Banks überhaupt in Lagern für versetzte Personen gewesen ist.

Um solch ein Sammelsurium von Unwahr-scheinlichkeiten zusammenzubauen, wie Marjorie Banks sie vorbringt, braucht man keinen Fuß vor die Haustür zu setzen und mit niemand zu sprechen. Das Rezept für die Herstellung solcher Informationen ist bekannt: Man nehme x Teile Londoner Nebel usw. usf.

Nach der Rede des Ukrainers kommt der Sprecher an die Reihe. Er sagt:

„Das sind die Ukrainer, die wohl auf unsere Farmer kommen werden.“

Diese wenigen Worte enthüllen den Zweck der Rundfunkübung. Filtern wir die beträchtliche Dosis Londoner Nebel und Heuchelei aus dem Vortrag Marjorie Banks' über die versetzten Personen heraus, dann sehen wir klar, daß ihr eine recht grobe und prosaische Aufgabe gestellt war: die Anwerbung billiger Arbeitskräfte für englische Farmer und Industrielle.

Der Sprecher, der nach Marjorie Banks zu Worte kam, brachte Klarheit in diese Frage. Er sagte:

„Das Arbeitskräftebudget hat ergeben, daß Großbritannien 100 000 wichtige Facharbeiter braucht. Es gibt in der britischen Zone in Lagern für versetzte Personen 35 000 Männer und Frauen, die in den Schlüsselindustrien und Berufen ausgebildet und qualifiziert sind, in denen der Mangel an Arbeitskräften am akutesten ist... Die Arbeiter werden anfänglich auf eine Frist von 12 Monaten nach Großbritannien kommen, die verlängert werden kann, falls sie sich gut führen.“

Und damit Punktum! Die Auftraggeber Miss Banks' nehmen auf ihre Empfindlichkeit keine Rücksicht. Die Rundfunkgesellschaft, bei der Miss Banks in Lohn und Brot steht, hat die Journalistin selbst bloßgestellt und gezeigt, zu welchem Zweck sie einen derartigen Wust von Lügen in einer einzigen Sendung anhäufen mußte.

G. JEFIMOW

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Wissenswertes über die amerikanische Presse

M. SERGEJEW

ANGESICHTS der heute so regen internationa-
len Tätigkeit der USA ist die Rolle und
Bedeutung der amerikanischen Presse im politi-
schen Leben der transatlantischen Republik von
besonderem Interesse, namentlich für die Sowjet-
öffentlichkeit. Bekannt ist ja, daß ein großer
Teil dieser Presse die unser Land betreffenden
Fragen sehr voreingenommen beleuchtet,
daß viele amerikanische Zeitungen und Zeitschriften
systematisch Verleumdungen über das
Sowjetvolk verbreiten und ihre Leser irreführen.

Uns in der Sowjetunion interessieren selbstver-
ständlich die Gründe hierfür, besonders da be-
teuert wird, in den USA existiere Pressefreiheit,
die dortigen Zeitungen könnten frei ihre Meinung
äußern. Man will damit den Eindruck erwecken,
als entspräche die sowjetfeindliche Propaganda
der öffentlichen Meinung der USA. Es liegen
jedoch nicht wenige Beweise dafür vor, daß die
Massen des amerikanischen Volkes wärmste
Sympathien für unser Land hegen. Während des
Krieges konnte man sich leicht hiervon überzeugen.
Man kommt also unvermeidlich zu dem
Schluß, durch die Verbreitung unrichtiger Vor-
stellungen über unser Land beabsichtige man, die
freundschaftliche Einstellung der Amerikaner
zur Sowjetunion zu erschüttern und zwischen
den Völkern Argwohn und Mißtrauen zu säen.

Besonders hartnäckig gehen viele USA-Zeitungen darauf aus, die Außenpolitik der Sowjetunion in falschem Lichte darzustellen. Sie bemühen sich, ihre Leser zu verwirren, sie über die
wirklichen Ziele und den wahren Charakter dieser Politik im unklaren zu lassen. In wessen Interesse handeln sie? In den USA sind Schriften erschienen, die Klarheit in diese Frage bringen.

Vor kurzem ist in den USA eine Neuauflage
des Buches „Amerikas 60 Familien“ von Ferdinand Lundberg* herausgekommen. Als das Buch
vor 10 Jahren zum erstenmal erschien, erregte es
ebenfalls Aufsehen. Seither ist der Ausdruck „Die
60 Familien“ für die Spitzen der Finanzoligarchie,
die wahren Machthaber der USA, bereits landläufig
geworden. Obwohl Lundberg sein Buch nicht
durch neue Angaben ergänzt hat, ist es jetzt von
noch größerer Bedeutung als früher.

* „America's 60 Families“ by Ferdinand Lundberg, the
Citadel Press, New York 1946.

Lundberg untersucht die Verteilung der Reichtümer und die Rolle, die die Besitzer großer Vermögen im ökonomischen und politischen Leben der USA spielen. Die Kapitalien der einzelnen Multimillionäre lassen sich natürlich nur annähernd einschätzen, da ihr Umfang streng gehemmt wird. Lundberg ging von der Höhe der Einkommensteuer aus, die die Mitglieder der verschiedenen Familien gezahlt haben. So entstand die Liste der „60 Reichen“, an deren Kopf Rockefeller als reichster Mann der Welt figuriert.

Die Liste der „60 Familien“ enthält die Namen
weit und breit bekannter, über Banken, Börse,
Kohle, Stahl, Eisen und Chemie herrschender
Könige — die Morgans, Rockefellers, Fords, Du
Ponts, Vanderbilts, Harkness', Whitneys, Phipps',
Rogers', Mellons, Fishers, Fields, McCormicks,
Goulds, Drexels. Dies ist die Plutokratienclique,
die das ganze ökonomische, politische und gesellschaftliche Leben in den USA kontrolliert.

Im Vorwort weist Lundberg darauf hin, daß er
sich nicht nur die Aufgabe stellt zu zeigen, wem
die Reichtümer der USA gehören, sondern auch,
wofür sie benutzt werden. Zu diesem Zweck mußte
er untersuchen, welche Rolle die Multimillionäre
in Politik, Industrie, Unterrichtswesen, Wissen-
schaft, Literatur, Kunst und Presse, im gesell-
schaftlichen Leben, ja sogar in den Wohltätig-
keitsorganisationen spielen.

Lundbergs Buch ist vor allem dadurch von
Wert, daß der Verfasser reichhaltiges Tatsachen-
material zusammengetragen hat und das vom
gesellschaftlichen Standpunkt aus Wichtigste
zeigt, nämlich wie das System aufgebaut ist, mit
dessen Hilfe die USA — nach der Definition
von Lundberg — „heute einer Hierarchie ihrer
60 reichsten Familien gehören und von ihr be-
herrscht werden“. Dort besteht und betätigt sich,
in die jure demokratische Formen gehüllt, eine,
wie er sie nennt, de-facto-Regierung, die

„absolutistisch und pluto-kratisch in ihren Wesenszü-
gen, ... die wirkliche Regierung der USA ist, ... eine
Regierung des Geldes in einer Dollardemokratie“. (S. 3.)

Wir wollen hier nur auf einen Teil von Lund-
bergs Feststellungen eingehen, auf die äußerst
wichtige Frage nämlich, wie das im Vergleich
zur Bevölkerungsmasse sehr kleine Häuflein von
Reichen imstande ist, über das ganze Land zu

herrschen, es der Dollardiktatur zu unterwerfen und gleichzeitig in der ganzen Welt die Legende zu verbreiten, die USA seien das Land der echtesten, der besten Demokratie.

Diese Illusionen vermag die Finanzoligarchie, die die USA regiert, in hohem Maße durch die Presse aufrechtzuerhalten und zu verbreiten.

In zwei von den insgesamt zwölf Kapiteln behandelt Lundberg die Presse. Das eine trägt die Überschrift „Die Presse der Plutokratie“, das andere „Journalismus mit besonderen Beschränkungen“. Der Inhalt dieser Kapitel trägt dazu bei, die Haltung, Politik und Rolle der amerikanischen Presse zu verstehen.

Lundberg schreibt:

„Der Journalismus der USA ist von oben bis unten persönliche Angelegenheit der reichen Familien, sie haben ihn gekauft und zahlen dafür. Es findet sich heute im amerikanischen Journalismus wenig, sei es nun gut oder schlecht, das nicht von den Familiendynastien ausgeinge. Die Presselords von Amerika sind faktisch unter den Multimillionärfamilien zu finden.“ (S. 244.)

In der Liste der „60 Familien“ finden sich die Namen der größten USA-Verleger. Die McCormicks sind Könige in der Industrie für landwirtschaftliche Maschinen und besitzen gemeinsam mit ihren Verwandten, den Pattersons, die Verlagsgesellschaft „Tribune“ in Chicago. Diesen beiden Familien gehören einige der reaktionärsten Zeitungen der USA, darunter die „Chicago Tribune“, die Neuyorker „Daily News“ und der Washingtoner „Herald“, rückschrittliche Boulevardblätter, die höchstens der gelben Hearst-presse gleichgestellt werden können.

Die Besitzer der größten Warenhäuser, die Fields, sind gleichzeitig Eigentümer einiger großer Zeitungen.

Unter den „60 Familien“ findet sich ferner die der Curtis-Bok, die den Grundstein zu ihrem Reichtum in der Verlegerbranche gelegt haben. Den Curtis gehören Blätter mit Massenauflage wie die Frauenzeitschrift „The Ladies Home Journal“, die bekannte literarische Wochenschrift „The Saturday Evening Post“ und „The Country Gentleman“. Sie sind ebenso erzreaktionär wie die 7 Philadelphier Zeitungen der Curtis-Bok.

Zu den Zeitungskönigen unter den „60 Familien“ gehören auch die Mills-Reids. Sie besitzen u. a. die „New York Herald Tribune“, das Hauptorgan der Republikanischen Partei. Die Familie Mills-Reid ist finanziell eng mit der Firma Morgan liiert, und zwar so eng, daß man nach Lundbergs Ansicht sagen kann, die „New York Herald Tribune“ werde stark von der Morgan-Gruppe beeinflußt.

William Randolph Hearst fehlt in der Liste der „60“. Die Summe seiner Einkommensteuer erreicht nicht den Mindestbetrag, den Lundberg für den auserwählten Kreis der Finanzoligarchie ansetzt. Die unmittelbare Beteiligung Hearstscher Kapitalien an zahlreichen, von einer der „60 Familien“ kontrollierten Unternehmungen verleiht Lundberg jedoch, Hearst mit seinem Zeitungsimperium zur plutokratischen Oberschicht zu zählen.

Außer den bereits erwähnten Zeitungskönigen besitzen auch alle übrigen Monopoldynastien der Stahl-, Automobil-, Weizenbranche u. a. direkt oder indirekt Zeitungen und Zeitschriften.

Vor allem in Staaten, Städten oder Bezirken, wo eine bestimmte „Familie“ ihren besonderen Interessenkreis und ihre Unternehmungen hat, besitzt sie entweder alle oder zumindest die wichtigsten Zeitungen. So gehören den Grubenbesitzern in den Weststaaten die Zeitungen der Grubenbezirke. Die Mellons finanzieren und kontrollieren die Zeitungen von Pittsburg, an dessen Schwerindustrie sie interessiert sind. Den Chemiekönigen Du Pont gehören die wichtigsten Zeitungen im Staate Delaware. Die Zeitungen von Detroit gehören Ford. Die Tafts haben eigene Zeitungen in Cincinnati, die Textilkönige Metcalf in Providence. Im Staate Ohio gehören 17 Wochenzeitungen den Procters, den Inhabern des Seifenmonopols „Ivory Soap“.

Im Staate Arizona, wo sich die Hauptbesitzungen der Dodge-Dynastie befinden, sind die führenden Zeitungen Eigentum der Phelps-Dodge-Gesellschaft, die mit der National City Bank (Gruppe Rockefeller-Stillman) liert ist. Das von der gleichen Gruppe kontrollierte Kupfererzmonopol Anaconda Copper Mining Company ist einer der größten Verleger des Landes. Diesen Monopolen gehören, wie Lundberg ausführt, fast alle Zeitungen des Staates Montana.

Interessant sind die Beziehungen zweier führender Gruppen der amerikanischen Finanzoligarchie, der Rockefellers und der Morgans, zur Presse.

Die Rockefellers investieren ihre Kapitalien in verschiedenen Verlagen meist heimlich, die direkten Eigentümer sind jedoch oft Geschäftspartner und Bevollmächtigte der Rockefellers. So besitzen die Familien Harkness und Whitney, die zum engeren Kreis des Rockefellerschen Öltrusts Standard Oil gehören, viele Zeitungen in den Erdölindustriegebieten.

Durch ihren weitreichenden Einfluß auf die amerikanische Presse und durch „freundschaftlich gehaltene Leitartikel“ in diesen Zeitungen machen die Rockefellers Reklame für die zahllosen von ihnen kontrollierten Truste und Unter-

nehmungen. Rockefellers Annoncen stehen nur hinter denen Morgans und seiner Partner zurück.

Lundbergs Angaben zufolge kontrolliert Morgan direkt oder indirekt über 50 Banken und 86 verschiedene Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 77,6 Milliarden Dollar. Es läßt sich denken, wieviel Einzelfirmen unter seiner Kontrolle stehen. Morgans Geschäftspartner, Direktoren und Bevollmächtigte sind Aktionäre oder Besitzer zahlreicher Verlage.

Außerst charakteristisch ist, was für Druckschriften Morgan Bedeutung beimitzt. Es sind dies vor allem Zeitschriften mit großem Leserkreis, wie die Wochenschrift „Collier's Weekly“, deren Zweimillionenausgabe in der ganzen Welt vertrieben wird, ferner „The American Magazine“, eine literarisch-publizistische Monatschrift, dann „The Country Home“, eine illustrierte Zeitschrift für den Farmer, die Frauenzeitschrift „Woman's Home Companion“, die Monatsschrift „Fortune“, eine Luxusausgabe, die in grellen Farben die Lebensweise der Reichen schildert, die illustrierte Wochenschrift „Life“.

Das größte Objekt Morgans auf dem Gebiet der periodischen Presse ist der Verlag „Time“. Außer „Fortune“ und „Life“ gibt dieser Verlag die illustrierte Wochenschrift „Time“ heraus.

Charakteristisch für alle aufgezählten Zeitungen und Zeitschriften ist ihre äußerst reaktionäre Richtung. Stilistisch und politisch sind sie auf solche Leser aus der Masse berechnet, die in politischen Fragen wenig beschlagen sind. Der Farmer, der sich in einem hinterwäldischen Krähwinkel langweilt, die Hausfrau, der Soldat einer Expeditionsarmee, der in ferne Gegenden verschlagen ist, der französische Kleinbürger, der den „Luxus“ des amerikanischen Reichen mit Ehrfurcht betrachtet, — sie alle finden in den von Morgan kontrollierten Zeitschriften schöne Illustrationen und unterhaltende, auf ihren kleinbürgerlichen Geschmack zugeschnittene Lektüre, die ihnen die vom Standpunkt der Morganschen Interessen aus nutzbringenden Ansichten einimpft. Schilderungen von Banketts der großen Welt, von Eheschließungen und Scheidungen Hollywooder Filmstars, von Skandalen in Modekleidern; sentimentale Ergüsse der greisen Frau Mama eines bekannten Preisboxers, gruselerregende Einzelheiten über einen großen Gaunerstreich, durchsetzt von politischen Artikeln und politischen Informationen. Dieses politische Material wird in flüssiger sensationeller Form aufgetischt, es desorientiert und desinformiert den Leser und lenkt sein Denken in die Richtung, die Morgan und seinen Kumpaten genehm ist.

Während des Krieges sah man in allen Erdteilen an den Zeitungsständen für die Truppen der amerikanischen und englischen Expeditionsarmee unweigerlich die charakteristischen, rot eingekreisten Umschläge der Zeitschrift „Time“ und der ihr geistesverwandten Wochenschrift „News-Week“. Beide ähneln sich nicht nur in Stil und Richtung, sondern auch darin, daß ihr Export mit Nachdruck betrieben wird. Die für den europäischen Kontinent bestimmten Ausgaben werden in den Zeitungskiosken von Großstädten vieler europäischer Länder verkauft.

Lundberg gibt eine Charakteristik der „News-Week“ und erklärt, sie betreibe eine „direkte Wall-Street-Politik“. Diese Vorkriegscharakteristik kann man aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs ergänzen. „Time“ und „News-Week“ sind Sprachrohre der reaktionärsten, antidemokratischen profaschistischen Tendenzen, eine Quelle raffinierter Falschmeldungen. Selbst während des Krieges verbreiteten beide Zeitschriften Lügen über die Regierungen demokratischer Länder. Auch jetzt treiben sie eine halbfaschistische Propaganda.

Als Aktionäre der Verlagsgesellschaft „Time“ nennt Lundberg die Harrimanbank, die Firma John Pierpont Morgan, den Herausgeber und Politiker Henry R. Luce, die Bank of Manhattan Company und einige andere Gesellschaften. Besitzer der „News-Week“ sind eine Gruppe von Millionären, die Harrimans, die Astors, die Whitneys und die Mellons. Beide Zeitschriften gehören also einem engeren Kreis der amerikanischen Oligarchie und vertreten ausschließlich die Interessen ihrer Besitzer.

Morgans Einfluß auf die amerikanische Presse ist außerordentlich groß. Eine präzise Grenze zu ziehen ist hier ebenso schwer, wie es schwer ist, die Grenze seines finanziellen Einflusses zu bestimmen. Man darf nicht vergessen, daß viele Finanzdynastien wie die Bakers, die Fishers, die Vanderbilts u. a., die sich um Morgan gruppieren, Teilhaber seiner Zeitungsunternehmungen sind.

* * *

Lundberg teilt die amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften (die rein wissenschaftlichen, religiösen oder technischen nicht gerechnet) in drei Gruppen, oder, wie er es nennt, „Schichten“ ein. Die oberste Schicht bilden Presseorgane, die persönliches Eigentum der „60 Familien“ sind. Zu dieser Kategorie gehört ein großer Teil der verbreitetsten Zeitungen und Zeitschriften der großen Städte. Die unterste Schicht besteht aus der Parteipresse.

Übrigens steht auch die Parteipresse unter Kontrolle der Finanzoligarchie, da ja die größten Parteien — die Republikanische und die Demokratische — von Leuten finanziert werden, die zu den „60 Familien“ gehören.

Zwischen der oberen und der unteren Schicht befindet sich als Belag eine ganz dünne, kaum noch so zu nennende Schicht, die sogenannten „unabhängigen Zeitungsverlage“. Der Erfolg und Profit dieser Geschäftsunternehmungen hängt ausschließlich vom guten Willen der Reichen ab. Sie kontrollieren die gesamte Masse der Annoncen, mit denen das Budget der Zeitungen steht und fällt. Lundberg bemerkt ironisch:

„Die Unabhängigkeit besteht in diesen Zeitungen zum großen Teil aus der bramarbasierenden Behauptung, man habe das Recht, zwischen den politischen Kandidaten der Republikaner und der Demokraten zu wählen. In ökonomischen und sozialen Fragen sieht man sie gewöhnlich, aus Gründen, die nicht zu befremden brauchen, in völligem Einverständnis mit Henry Ford, den Du Ponts und den Partnern Morgans.“ (S. 279.).

Die „unabhängigen“ Presseorgane sind, wie Lundberg ironisch bemerkt, „weder sehr zahlreich noch sehr unabhängig“.

Zu den „unabhängigen“ Presseorganen rechnet Lundberg die Blätter des Zeitungstrusts Scripps-Howard, die „New York Times“, den „Sun“ (Baltimore) und einige andere. Die finanziellen und politischen Interessen der Inhaber dieser „unabhängigen Presse“ verbinden sie mit dem engeren Kreis der Multimillionäre. Lundberg deckt z. B. die Verbindungen des Verlags der „New York Times“ mit der Lehmanbank auf, die in der Liste der „60“ figuriert.

Es sei nochmals daran erinnert, daß Lundberg sein Buch vor dem Kriege geschrieben hat. Inzwischen können diese oder jene Veränderungen eingetreten sein. Die Aktien eines Verlages sind möglicherweise von einem Millionär an einen andern übergegangen. Manche von den 21 500 in den USA erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften haben jetzt vielleicht andere Eigentümer. Man kann sich aber dafür verbürgen, daß keiner den engen Kreis der Finanzoligarchie verlassen hat.

Die neuesten Untersuchungen bestätigen restlos Lundbergs Angaben. So hat im Dezember v. J. eine Kommission für Pressefreiheit, an der Professoren unter Leitung Robert N. Hutchins', Rektors der Universität Chikago, teilnahmen, ihre Arbeit abgeschlossen. Die Kommission gab einen Bericht heraus, der von der Universität Chikago mit der Überschrift „Eine freie und verantwortliche Presse“ (A Free and Responsible

Press) veröffentlicht wurde. Der Bericht enthält Zahlen, aus denen hervorgeht, daß das ganze System der Masseninformation in den USA — Zeitungen, Zeitschriften, Telegraphenagenturen, Rundfunk und Filmgesellschaften — in den Händen eines Gröppchens von großen Geschäftsmachern konzentriert ist.

Der Bericht weist auf die Tätigkeit der sogenannten Pressesyndikate hin. Diese gehören denselben Zeitungskönigen, sie liefern fix und fertige Leitartikel, Aufsätze und Artikel an Tausende von kleinen Blättern im ganzen Lande. So werden von der Firma „Western Newspaper Union“, Inhaber John H. Perry, Leitartikel hergestellt, die meistens von 10 000 kleinen amerikanischen Wochenzeitungen bezogen werden. Außerdem liefert Perry an 3000 solcher 8 Seiten starker Zeitungen vier fertig geschriebene, redigierte und gesetzte Seiten. Perry besitzt 7 Zeitungen, 14 Wochenschriften und 4 Sender.

In dem Bericht werden die Maßstäbe der amerikanischen Presse, die Tätigkeit des Rundfunks und der Filmvertrieb geschildert und folgendes festgestellt:

„Diese Mittel können Lügen schneller und weiter verbreiten, als unsere Vorfahren es sich träumen ließen, als sie die Pressefreiheit in den ersten Zusatzantrag zu unserer Verfassung einschlossen.“

Niemand urteilt so vernichtend über die amerikanische Presse wie die Amerikaner selbst, die sich mit ihrer Untersuchung befaßt haben. Sowohl in den Büchern von George Seldes als auch in einer 1946 erschienenen Schrift von George Marion wird Lundbergs Schlußfolgerung, die amerikanische Pressefreiheit bestehe nur für die Millionäre, vollauf bestätigt.

Pressefreiheit existiert, wie Lundberg schreibt, in den USA nur theoretisch, sie besteht in dem zweifelhaften Recht kleiner, wie er sie nennt, „Dissidentengruppen“, Zeitungen und Zeitschriften mit einer beschränkten Auflage für einen engen Leserkreis herauszugeben. Von der in den USA formal existierenden Pressefreiheit wirklich Gebrauch zu machen, ist nicht leicht. Das Pressemonopol gehört den Reichen. Um eine Zeitung fürs ganze Land zu schaffen, braucht man, wie es in dem Bericht der Kommission heißt, ein Gründungskapital von 5—10 Millionen Dollar. Lundberg schließt sein Buch mit folgenden Worten:

„Die amerikanische Presse, wie aus dem Obigen klar ersichtlich sein müßte, gehört den reichsten Familien des amerikanischen Finanzkapitalismus und wird von Ihnen kontrolliert... Sie stellt eine riesige Kapitalanlage dar, funktioniert aber ständig, ob das kommerziell profitbringend ist oder nicht, da sie einem speziellen Klassenzweck dient.“ (S. 284/85.)

Aus den Untersuchungen Lundbergs wird vieles klar und verständlich. Die amerikanische Presse ist Eigentum der Reichen. Sie dient deren Klasseninteressen, die egoistisch, antidemokratisch und volksfeindlich sind.

Hieraus erklärt sich auch die feindselige Haltung der meisten amerikanischen Zeitungen gegenüber der Sowjetunion. Die Plutokratenclique ist daran interessiert, daß die Amerikaner möglichst wenig davon erfahren, was wirkliche Demokratie ist und worin sie sich von der Ordnung unterscheidet, die durch die Herrschaft der „60 Familien“ im heutigen Amerika aufgerichtet ist. Ihre Hof- und Leibzeitungen bearbeiten tagaus, tagein systematisch die öffentliche Meinung im Interesse der Finanzoligarchie. Hartnäckig stellen sie die Außenpolitik der Sowjetunion in falschem Lichte dar, da diese konsequent für den Frieden eintritt und die „60 Familien“ hindert,

ihre imperialistischen Expansionspläne, ihre Welt-Herrschaftsprojekte zu verwirklichen.

Angesichts der von Lundberg mitgeteilten Tatsachen wird klar, warum viele amerikanische Presseorgane, wie z. B. die Hearst- und McCormickblätter, eine Bruststätte der Unwissenheit und des Obskurentums sind, warum sie den Leser im Banne kleinlicher, spießerischer Interessen halten, ihm schlechten Geschmack anziehen und niedere Instinkte in ihm wecken. Die Plutokratenclique ist nicht daran interessiert, daß die Volksmassen aufgeklärt, daß sie der Kultur und des Fortschritts teilhaftig gemacht werden, ihre gesellschaftliche, politische und soziale Erziehung liegt nicht im Interesse der Plutokraten, denn der Fortschritt der menschlichen Gesellschaft bedroht deren Monopolherrschaft. Deshalb ist die Presse der Plutokratie auch ein Feind des Fortschritts, ein Feind der Demokratie, ein Feind aller Ideale der fortschrittlichen Menschheit.

20. Mai

In Amman (Hauptstadt von Transjordanien) finden ein Generalstreik und Protestdemonstrationen gegen die Verfolgung demokratischer und oppositioneller Persönlichkeiten statt.

21. Mai

In Greenville (Südkarolina, USA) werden 28 Personen, die einen Neger gelynch haben, vom Gericht freigesprochen.

22. Mai

Truman unterzeichnet das Gesetz über die Bewilligung von Mitteln für Maßnahmen in Griechenland und der Türkei.

23. Mai

Die anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums des finnischen Parlaments entsandte Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Führung von A. G. Kalaschnikow trifft in Helsinki ein.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Maí 1947

In Moskau trifft eine Delegation des Gemeinderats von Helsinki ein.

Der albanische Regierungschef Enver Hodža übermittelt dem Generalsekretär der UNO einen Protest gegen die am 21. Mai erfolgte Grenzverletzung und die Beschießung albanischer Ortschaften durch griechische Flugzeuge.

In Remscheid und einigen anderen Orten des Ruhrgebiets (britische Besatzungszone) finden im Zusammenhang mit den Ernährungsschwierigkeiten Demonstrationen statt.

Das japanische Parlament wählt Tetsu Katayama, den Führer der Sozialistischen Partei, zum Ministerpräsidenten.

In Täbris wird Feridun İbrahimî, der frühere Staatsanwalt Iranisch-Aserbaidschans, hingerichtet.

24. Mai

Die zweite Tagung des Volksparlaments von Nordkorea wendet sich an die Regierungen der Sowjetunion und der USA mit einem Sendschreiben betreffs Bildung einer provvisorischen demokratischen Regierung Koreas.

In Italien wird de Gasperi, der Führer der Christlich-Demokratischen Partei, mit der Regierungsbildung beauftragt.

In Ankara beginnen Verhandlungen zwischen einer amerikanischen Militärmmission und einer türkischen Militärdelegation.

Die Jahrestagung der englischen Assoziation wissenschaftlicher Arbeiter (Association of Scientific Workers) beschließt eine Resolution, in der die englische Außenpolitik verurteilt wird.

Die USA gewähren Jemen einen Kredit in Höhe von 1 Million Dollar zum Ankauf von Restbeständen amerikanischen Heeresguts.

25. Mai

Unterzeichnung des polnisch-jugoslawischen Vertrags über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Warenaustausch.

26. Mai

Durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wird in der Sowjetunion die Todesstrafe für Friedenszeiten abgeschafft.

In New York nimmt der von der UNO-Generalversammlung gebildete Palästinasonderausschuß seine Tätigkeit auf.

Unterzeichnung eines bulgarisch-rumänischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit.

Die Jahreskonferenz der englischen Labourpartei wird in Margate eröffnet.

Truman unterbreitet dem Kongreß einen Gesetzentwurf, in dem ein Programm der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA und anderen amerikanischen Staaten entwickelt wird.

Eintägiger Angestelltenstreik in 22 Städten Indiens. Die Streikenden fordern Gehaltszulage.

Somoza, Exdiktator von Nicaragua und Führer der reaktionären Nationalgarde, unternimmt einen Staatsstreich und reißt die Macht an sich.

27. Mai

Unter der Führung von T. A. Se-liwanow, stellvertretendem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses des Moskauer Sowjets, trifft in Stockholm eine Delegation des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werk-tätigen ein.

Eintreffen einer polnischen Handelsdelegation in Moskau. Die Delegation wird geführt von L. Grossfeld, Staatssekretär für Außenhandel

im Ministerium für Industrie und Handel.

Die USA gewähren Frankreich einen 50-Millionen-Dollar-Kredit zum Ankauf von Restbeständen amerikanischen Heeresguts.

In Ecuador werden Ramos, Zambrana und Real, die Führer der Kommunistischen Partei, verhaftet.

28. Mai

Unterzeichnung eines jugoslawisch-finnischen Handelsabkommens.

Eröffnung einer Internationalen Eisenbahnkonferenz in Genf.

Zum Vorsitzenden der englischen Labourpartei wird Emanuel Shinwell, Minister für Brennstoff- und Kraft-wirtschaft, gewählt.

Schluß der Konferenz der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (International Civil Aviation Organisation [ICAO]) in Montreal.

VERLAGSANZEIGEN

VERLAG „DIE JUNGE GARDE“

Neuerscheinungen:

- N. BIRJUKOW — *Die Möwe*, 360 S., Rbl. 10,—
Ein dem Andenken der Helden der Sowjetunion
Lisa Tschajkina gewidmeter Roman.
- NIGEL BALCHIN — *In einem kleinen Laboratorium*.
Kriegsroman. Aus dem Englischen von J. Polon-
skaja und A. Grigorjew. 346 S., Rbl. 8,50
- S. WISCHENKOW — *Versuchsflieger*. Mit Illustra-
tionen von A. I. Schtscherbakow. 240 S., Rbl. 6,50
Erzählungen aus dem Leben sowjetrussischer
Versuchsflieger.
- DAS WELTALL. *Sammlung naturwissenschaftlicher
Vorträge*. (Astronomischer Zyklus.) 196 S.,
Rbl. 3,75
- Inhalt: Prof. B. A. Woronzow-Weljaminow —
Hat es einen Anfang der Welt gegeben und
wird sie ein Ende nehmen?; E. G. Ananiaschwili —
Der Feinbau der Materie; Dozent P. W. Woini-
lowitsch — Die Sonne als Lebensquelle; S. L. Walldard — Gibt es ein Leben auf den Planeten?; Prof. K. L. Bajew — Ungewöhnliche Himmels-
erscheinungen und ihre wissenschaftliche Erklä-
rung; Prof. B. A. Woronzow-Weljaminow —
Helden und Märtyrer der Wissenschaft.
- DAS MÄDCHEN AUS KASCHINO. *Tagebuch und
Briefe der jungen Partisanin Ina Konstantinowa*.
(In der Serie „Die Sowjetjugend im Vaterlän-
dischen Krieg. Aufzeichnungen und Dokumente“.)
256 S., Rbl. 3,50
- S. DIKOWSKI — *Erzählungen aus dem Fernen
Osten*. 248 S., Rbl. 7,50
- Inhalt: Das Ende der „Sago Maru“; Beri-
Beri; Der Kommandant der Vogelinsel; Der Ver-
sager; Auf dem Leuchtturm; Die Hauptssache:
durchhalten!; Madame Sliwa; Patrioten.
- A. SHAROW — *Ausgewählte Werke. 1921—1946*.
232 S., Rbl. 7,—
Gedichte, Lieder und Poeme.
- LEBEN UND MENSCH. *Sammlung naturwissen-
schaftlicher Vorträge*. (Biologischer Zyklus.)
256 S., Rbl. 5,—
- Inhalt: Prof. N. W. Turbin — Charles
Darwin und seine Lehre; Prof. A. I. Oparin —
Der Ursprung des Lebens auf der Erde; Dozent
M. S. Plissetzki — Die Abstammung des Menschen;
Prof. G. A. Schmidt — Vom Affen zum Menschen;
Dozent W. A. Sajonow — Klement Arkadjewitsch
Timirjasew; Prof. N. W. Turbin — Die Schöpfer neuer Pflanzen; I. W. Mitschurin
und T. D. Lyssenko; Prof. S. N. Bogoljubski —
Herkunft und Umwandlung der Haustiere; Prof.
P. K. Anochin — Akademiemitglied Iwan Petro-
witsch Pawlow.
- W. IWANOW — *Begegnungen mit Maxim Gorki*.
148 S., Rbl. 4,—
- I. ILF und J. PETROW — *Das einstöckige Amerika*.
Winter 1935/36. Mit Photographien von I. Ilf.
(In der Serie „Bibliothek der Reisebücher“.)
406 S., Rbl. 15,—
- W. KAWERIN — *Ein russischer Junge*. 118 S.,
Rbl. 4,—
Erzählungen vom Heldenmut der Sowjetjugend
in den Tagen des Großen Vaterländischen Krie-
ges.
- A. KALININ — *Kameraden*. 238 S., Rbl. 8,50
Erzählung von der Kampfbrüderchaft der
Sowjetjugend.
- K. KUNIN — *Vasco da Gama*. (In der Serie „Biblio-
thek der Reisebücher“.) 322 S., Rbl. 7,—
Der Lebensweg und die geographischen Ent-
deckungen des berühmten portugiesischen See-
fahrers des 15. Jahrhunderts.
- M. LUKONIN — *Der Schlag des Herzens*. Gedichte.
104 S., Rbl. 4,—
Frontgedichte und lyrische Dichtung.
- M. MAXIMOW — *Das Erbe*. Partisanengedichte.
Herausgegeben von P. Antokolski. 88 S., Rbl. 4,—
- N. MICHALOW — *Rußland*. Ökonomisch-geo-
graphischer Abriß der RSFSR. 296 S., Rbl. 8,50
- S. MICHALKOW — *Heiterer Traum*. Schauspiel.
88 S., Rbl. 2,—
- L. OSEROW — *Platzregen*. Gedichtsammlung.
Herausgegeben von P. Antokolski. 128 S., Rbl. 4,50
- N. OSTROWSKI — *Reden, Aufsätze, Briefe*. 200 S.,
Rbl. 5,—
- A. POPOWSKI — *Pawlow*. (In der Serie „Das Leben
hervorragender Menschen“.) 256 S., Rbl. 6,50
Das Leben und Wirken des großen russischen
Physiologen Iwan Petrowitsch Pawlow.
- W. SAFONOW — *Das Rätsel des Lebens*. 232 S.,
Rbl. 9,—
Die Arbeit der Wissenschaftler an der Lösung
der Frage nach dem Ursprung des Lebens.
- I. SOKOLOW-MIKITOW — *Am blauen Meer*. Auf-
zeichnungen eines Jägers. 280 S., Rbl. 6,50
- A. E. FERSMAN — *Erinnerungen an Steine*. 176 S.,
Rbl. 4,50
- P. ZWETKOW — *Die Arbeiterklasse der UdSSR*.
(In der Serie „Unterhaltungen über unser Heimat-
land“.) 152 S., Rbl. 3,—
- J. SCHEWELJOWA — *Der Jüngling*. Poem. 52 S.,
Rbl. 3,—
- S. SCHTSCHIPATSCHOW — *Lyrik*. 176 S., Rbl. 7,—
Ausgewählte Gedichte und das Poem „Das
Häuschen in Schuschenkoje“.

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFUHRERN
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.